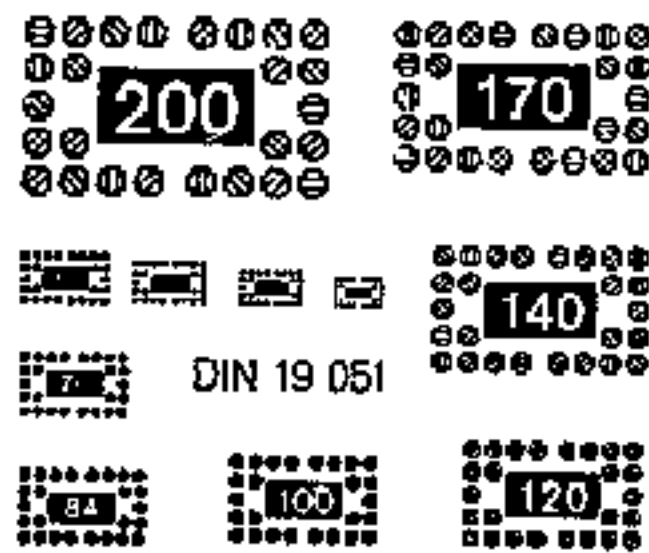


DIE ZUKUNFT DER SOZIALDEMOKRATIE

BEITRÄGE ZUM THEMA VON

WILLY BRANDT,
HANS-JÜRGEN KRUPP,
JÜRGEN KOCKA UND
PETER GLOTZ



A93-3996

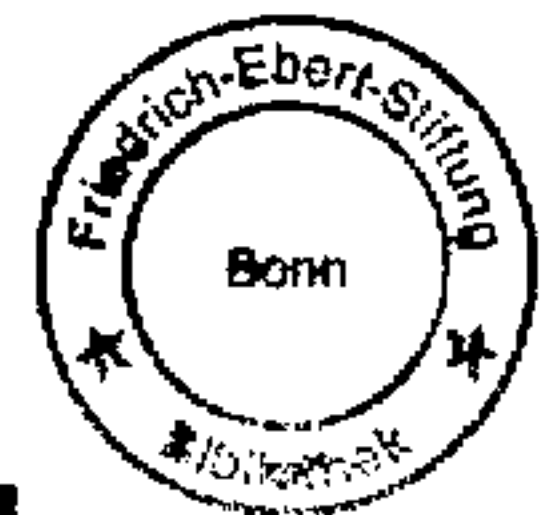
FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG



DIE ZUKUNFT DER SOZIALDEMOKRATIE

BEITRÄGE ZUM THEMA VON

WILLY BRANDT,
HANS-JÜRGEN KRUPP,
JÜRGEN KOCKA UND
PETER GLOTZ



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG A 93-3996

Vorbemerkung

Anläßlich des 125. Jubiläums der Sozialdemokratischen Partei Nürnbergs (1991) und angesichts der rapiden gesellschaftspolitischen Umwälzungen haben sich im Rahmen einer Vortragsreihe vier sachkundige Redner mit der Frage nach der Zukunft der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung auseinandergesetzt.

Allen voran Willy Brandt, der – ein knappes Jahr vor seinem Tod – kritische Anmerkungen zur Zukunft der Sozialdemokratie und des freiheitlichen Sozialismus machte. Gefolgt von Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, 2. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, mit seinem Beitrag „Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in der Zukunft“; dem Sozialhistoriker Prof. Dr. Jürgen Kocka zum Thema „Geschichte und Zukunft der Arbeiterschaft“ sowie Dr. Peter Glotz, MdB, über „Sozialdemokratische Utopie“.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung will mit dieser Publikation die Reden einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen und sie als Materialien für die politische Bildungsarbeit zur Verfügung stellen.

Inhaltsverzeichnis

Willy Brandt

„Zu früh und zu pauschal von einer Renaissance gesprochen“ –

Kritische Anmerkungen über die Zukunft der Sozialdemokratie
und des freiheitlichen Sozialismus

5

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in der Zukunft

19

Prof. Dr. Jürgen Kocka

Geschichte und Zukunft der Arbeiterschaft

31

Dr. Peter Glotz, MdB

Sozialdemokratische Utopie

51

„Zu früh und zu pauschal von einer Renaissance gesprochen“

Kritische Anmerkungen von Willy Brandt über die Zukunft der Sozialdemokratie und des freiheitlichen Sozialismus

I.

Der Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftssystems in der Sowjetunion – und zuvor in den der S. U. vorgelagerten Staaten – hat eine eher grobschlächtig geführte Argumentation ausgelöst, sie unterstellt, daß es mit „dem Sozialismus“ nun endgültig vorbei sei. Manche führen diese Kampagne in der deutlichen Absicht, die Sozialdemokratie zu treffen. In der Unterstellung, Sozialdemokratie (bzw. demokratischer, freiheitlicher Sozialismus) könnte mit den gescheiterten kommunistischen Diktaturen in einen Sack getan werden, stecken – von demagogischen Absichten abgesehen – mehrere Denkfehler:

Erstens ist es intellektuell unredlich, gewalttätigen und als inkompetent erwiesenen Kommunismus mit der Sozialdemokratie (bzw. freiheitlichem Sozialismus) in einen Topf zu werfen. Dabei sollte jeder politische ABC-Schütze wissen, daß sich diktatorischer Kommunismus und freiheitlich-demokratischer Sozialismus nicht auf einen Nenner bringen lassen; an der Frage Demokratie oder Diktatur schieden sich die Geister – per Spaltung – schon vor Jahrzehnten. Ausgerechnet der leidgeprüften Sozialdemokratie die Übel und Missetaten von Diktaturregimen anlasten zu wollen, ist eine erhebliche Zumutung.

Zweitens: Geschichtlich widerlegt und erledigt sind nicht die gedanklichen Inhalte und politischen Bestrebungen der Sozialdemokratie, sondern Regime, die nicht dadurch sozialistisch wurden, daß man sie in Moskau mit dem Etikett eines „real existierenden Sozialismus“ ausgestattet hatte. Daß sie existierten, ist nicht zu bestreiten. Daß sie sich unter falschem Etikett darstellten, läßt sich ernsthaft auch nicht in Abrede stellen.

Drittens: Wenn ein Begriff entsteht und entwertet worden ist, darf man nicht meinen, damit sei der ihm zugrunde liegende gedankliche Inhalt ver-

braucht. Die Sozialdemokratie hat sich erneut gegen Falschdeutungen zu wehren, aber sie hat keine Veranlassung, ihre Vorstellungen und ihr Handeln zu verstecken, weil im mißbrauchten Namen des Sozialismus das Gegenteil angerichtet worden ist.

Bei einer früheren Gelegenheit habe ich daran erinnert, daß es in *einer* Ausprägung der russischen sozialistischen Bewegung früh angelegt war, sich über das Volk zu erheben und die arbeitenden Schichten zwar zu loben, aber sie gleichzeitig zu gängeln und zu kujonieren. Dazu gehörte dann auch die absurde Vorstellung, auf die Wirtschaft Regeln übertragen zu wollen, die aus Kasernenhof-Reglements stammten.

Es war ein schwerer Irrtum, wo nicht entschieden genug dagegen angegangen wurde, daß der Begriff Sozialismus – geformt im Ringen um die Rechte der Menschen und nicht nur als Bürger – für diktatorische Herrschaftsformen und Systeme kommandierten Wirtschaftens in Anspruch genommen wurde. Es gab auch solche, denen diese Klarheit zuwider war – daß nämlich die geistige Fundierung der freiheitlichen Sozialdemokratie etwas *prinzipiell* anderes war und ist als ein autoritärer Kollektivismus, sich also nicht nur graduell oder in Einzelheiten, sondern grundsätzlich und im ganzen von diesem unterscheidet.

Wörtlich sagte ich auf dem Berliner Parteitag vom Dezember '89: „Man konnte nicht einen Sozialismus reformieren, der keiner war. Historisch bemerkenswert bleibt gleichwohl die im wesentlichen gewaltfreie Ablösung (und Selbstaufgabe) jener Parteien und Regime, die durch sowjetische Hilfe an die Macht gekommen waren und allzu lange dort belassen wurden. Da nun erwiesen ist, daß jener Weg eine Sackgasse war, ist schwer zu verstehen, wozu mancherorts ein dritter empfohlen wird.“

Karl Kautsky, einer unserer bedeutenden (wenn auch längst nicht mehr unumstritten) Programmväter, hat vor Jahrzehnten vorausgesehen, was im Osten passieren würde: Ohne Demokratie, so schrieb er, „droht der Kommunistischen Partei das Schicksal, zu verfaulen – in einem verfaulenden Rußland“.

Alle, denen statt vordergründiger Polemik an sachlicher Klärung gelegen ist, kennen die erwähnten grundsätzlichen, nicht nur taktischen Gegen-

sätze. Sie wissen auch um die vielen Opfer, die Sozialdemokraten im Widerstand gegen Bolschewismus und Stalinismus auf sich genommen haben. Verzerrungen und Verfälschungen geschichtlicher Abläufe und ideeller Inhalte hat es schon oft gegeben. Doch die Erfahrung zeigt: Ideen von humaner Substanz lassen sich auch durch schlimme Entstellungen nicht in den Papierkorb oder in den Reißwolf der Geschichte befördern.

Gleichwohl will ich nicht davon abraten, uns von Zeit zu Zeit – frei von Vorurteilen – zu fragen, ob und wo unser politischer Sprachgebrauch der Weiterentwicklung bedarf. Für mich steht fest, daß wir gerade jetzt allen Grund haben, uns von der traditionsreichen Bezeichnung „Sozialdemokrat“ und „Sozialdemokratie“ nicht abbringen zu lassen.

Ich habe diesem Beitrag bewußt den Titel „Zur Zukunft der Sozialdemokratie“ gegeben, um in Klammern hinzuzufügen „und des freiheitlichen Sozialismus“. Für mich gibt es da keinen inhaltlichen Unterschied, aber ich bin nicht sicher, ob wir das einer breiteren Öffentlichkeit immer gut genug erklären können. Wenn etwa der langjährige Wirtschaftsgewaltige der DDR erklärt, „das sozialistische System insgesamt war falsch, wie wir heute wissen“, so stelle ich mir die Argumentationsnot des einen und anderen vor, der, hierauf angesprochen, lediglich auseinandersetzt, das habe mit Sozialismus nichts zu tun gehabt, statt dem klipp und klar die eigene, sozialdemokratische Position entgegenzustellen.

In meinem Selbstverständnis bin ich als Sozialist aufgewachsen und halte die damit verbundenen Hoffnungen und Überzeugungen – wenngleich viel erreicht wurde – auch heute nicht für verbraucht; davon wird noch die Rede sein. Aber ich habe zur Kenntnis zu nehmen, daß es nicht wenigen unserer Mitglieder angemessen erscheint – mir auch –, sich ohne Wenn und Aber Sozialdemokrat zu nennen. Und daß sie es für überflüssig halten oder sich überfordert fühlen, immer noch einmal erklären zu sollen, worin sich unser Sozialismus von dem *grundlegend* unterscheidet, was daraus anderswo gemacht wurde. Gleichzeitig sollten wir auch darum bemüht bleiben, die Unterschiede zu konservativen und liberalen Parteien zu bestimmen, die bekanntlich nicht müde werden, ihren Anspruch auf gesellschaftliche Führung geltend zu machen.

Man sollte es sich aber nicht zu einfach machen und auch nicht allein aus

deutscher Sicht argumentieren. Ein besorgtes Mitglied unserer Partei hat dieser Tage an mich appelliert, ich möge den Namen der Sozialistischen Internationale ändern. Das würde natürlich, wenn ich es wollte, meine Kompetenzen weit überschreiten. Außerdem würde ich bei einer Reihe der uns befreundeten Parteien auf Unverständnis stoßen.

Nehmen wir die SI-Parteien im romanischen Europa – die Parteien von Francois Mitterand, Bettino Craxi, Felipe Gonzales, Mario Soares, auch die Belgier (und die Japaner) –, die sich aufgrund ihrer insoweit ungebrochenen Tradition Sozialisten nennen (ohne daß sie deswegen den Anspruch erheben könnten, sie seien etwas Besseres als die deutschen, österreichischen oder skandinavischen Sozialdemokraten).

Zu August Bebels Zeiten war es übrigens so, daß „sozialdemokratisch“ für die eindeutigere und – wenn man so will – sogar radikalere Parteibezeichnung gehalten wurde. Auch heute läßt sich geltend machen, daß „sozialdemokratisch“ klarer ist und jedenfalls schädlichen Verwechslungen vorbeugt; das sollte man nicht unterschätzen.

Unsere Internationale – im vorigen Jahrhundert entstanden, 1951 auf deutschem Boden wiederbegründet – ist eine mittlerweile weltweite Gemeinschaft von sozialdemokratischen und gleichgesinnten Parteien, von denen viele Namen tragen, die ihrem Ursprung als Freiheitsbewegungen in Entwicklungsländern Ausdruck verleihen. Es ist außerdem bekannt, daß unsere Freunde in Großbritannien und Irland, in Norwegen und den Niederlanden, in Israel, auch in Australien und Neuseeland, ihre geschichtlich verankerte Bezeichnung „Arbeiterpartei“ oder „Partei der Arbeit“ beibehalten haben.

Als wir uns vor wenigen Monaten in Frankfurt der Wiederbegründung erinnerten, habe ich gesagt: „Es wird sich als geschichtlicher Irrtum erweisen, das dem demokratischen Sozialismus zugrunde liegende Ideal – die Zusammenfügung von Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – als überholt abtun zu wollen.“ Und ich füge heute hinzu: Manche werden sich noch wundern, als wie abwegig sich ihre Grabgesänge erweisen.

Was uns in unserer internationalen Gemeinschaft unabhängiger, selbstverantwortlicher Parteien verbindet, sind die Grundwerte, die das Programm

der SPD ebenso prägen wie die Stockholmer Prinzipienerklärung der SI von 1989. Dazu gehört im besonderen auch die Verpflichtung auf Frieden und Menschenrechte und auf die Überwindung des Elends in weiten Teilen der Welt. Das ist ein umfassendes, verpflichtendes und lohnendes Programm.

II.

Kein Zweifel, die gewaltigen Veränderungen, die wir durchleben, haben manchen, der sich der Arbeit für eine als sozialistisch bezeichnete Zukunft verschrieben hatte, in Zweifel getrieben. Die wurden umso größer, je mehr man ein Etikett für die Sache genommen hatte. Und gewiß ist es klar, daß neuartige Herausforderungen nach neuen Antworten verlangen. Genau davon handeln die programmatischen Neubestimmungen der Sozialdemokraten – bei uns in Deutschland und in Europa und in unserer internationalen Gemeinschaft.

Sozialdemokratie (und freiheitlicher Sozialismus) wollen soziale Gerechtigkeit und eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft, auch die Demokratisierung einer effektiven Wirtschaftsordnung – auf der Basis der unbedingten Achtung der Menschenrechte und auf dem Boden unantastbarer Rechtsstaatlichkeit.

Allem voran stehen unser freiheitliches Erbe und die sich aus dem Kampf gegen die Diktaturen ableitenden Erfahrungen. Kurt Schumacher prägte dafür den eindrucksvollen Satz: „Es gibt wohl die Tatsache, daß man kämpft für soziale Vorteile – zu sterben bereit ist man nur für die große Idee der Freiheit.“

Michel Rocard sagte am vorletzten Wochenende, als er sich – erstmals – seit dem Regierungswechsel im Mai wieder zu Wort meldete: Nachdem nicht nur der Faschismus, sondern auch der Kommunismus ausgespielt habe, gehöre das Feld dem Wettbewerb zwischen Liberalismus und einem „Sozialismus der Freiheit“.

Zur Definition der Grundwerte sind Sozialdemokraten (bzw. freiheitlich-demokratische Sozialisten) auf verschiedenen Wegen gelangt. Ungeachtet bestehender kultureller und weltanschaulicher Unterschiede eint sie eine Vi-

sion friedlicher und demokratischer Weltgesellschaft, die Freiheit und Gerechtigkeit solidarisch teilt und verbindet.

Die Schlüsselthemen der historischen Auseinandersetzung mit Konservativen und Parteiliberalen waren die gesellschaftliche Reichweite des demokratischen Prinzips, die Verteilungs- und Teilhabewirkungen der Forderung nach Gerechtigkeit und die Frage nach den realen ökonomischen, sozialen und politischen Voraussetzungen von wirklicher Freiheit. Und ohne Zweifel: Fortschritte zu mehr Demokratie, sozialer Sicherheit und Freiheit lassen sich gerade in Ländern mit starken sozialdemokratischen Parteien unverkennbar feststellen. Darauf können wir stolz sein.

Vor wenigen Monaten fand ich im Londoner wirtschaftsliberalen „Economist“ einen interessanten Beitrag, in dem der Labour Party geraten wurde, mit welchem Programm sie in die nächsten Wahlen gehen sollte. Da wurde die Frage, ob „Sozialismus“ für die Menschen in Großbritannien noch relevant sei, mit einem eindeutigen Ja beantwortet. Und dann wurde aneinandergerichtet, welche aktive Rolle von der Regierung gegenüber der Wirtschaft erwartet werde. Warum man die benachteiligten Schichten nicht weiter absinken lassen dürfe. Was für die Modernisierung von Infrastruktur und Bildung zu geschehen habe. Daß die Militärausgaben zurückgefahren werden könnten. Wie das Steuersystem gerechter zu gestalten sei, usw. usf. Ich fand es bemerkenswert, wie unvoreingenommen dort unverzichtbare Gemeinschaftsaufgaben den „Sozialisten“ zugeordnet wurden, wo der Meinungsstreit anderswo in Europa oder Amerika durch ideologische Barrieren behindert wird.

Die Würde des Menschen, seine Unverfügbarkeit für andere, sein Recht auf Individualität und Selbstbestimmung waren immer gemeint, wenn von der Leitidee der Sozialdemokratie, des freiheitlichen Sozialismus, die Rede war. Eine sich selbst überlassene Technik, die sogar das Wesen des Menschen technisch verfügbar macht, entzöge der Menschenwürde den Boden. Wegen der Risiken, die alle betreffen, muß die Entscheidung über weitreichende Alternativen auch zum Gegenstand politischer Willensbildung gemacht werden.

Zum ersten Mal in der Geschichte können wir von einer wirklichen Globalisierung der Probleme sprechen: Verkehr und Telekommunikation, Wirt-

schaftsbeziehungen, Geld- und Kapitalströme. Nie zuvor haben Entwicklungen an einem Ende der Welt so unmittelbare und nachhaltige Auswirkungen überall auf dem Globus gehabt.

Es lag auf der Hand, daß politische Formationen, die sich wesentlich in der Frontstellung gegen die Auswüchse des Kapitalismus herausbildeten, der Verteilung von Kapitalerträgen mehr Aufmerksamkeit widmeten als deren Zustandekommen. Auseinandersetzungen um das wirtschaftspolitisch Erforderliche konnten nicht ausbleiben. Hinzu kamen dann die bedrückenden Erfahrungen im Osten.

Wir Sozialdemokraten sind nicht erst seit gestern für Marktwirtschaft, mithin auch für Wettbewerb, aber gegen eine blinde Anbetung des Marktes im allgemeinen und des Weltmarktes im besonderen. Wer nun aber weiß, daß alltägliche Armut Millionen Menschen zum Raubbau an der Natur zwingt, der muß jedenfalls dazu beitragen, auch im Süden der Erde menschenwürdige und ökologisch verträgliche Entwicklungen möglich zu machen.

Mit dem Blick auf eine demokratisch geordnete Weltgesellschaft haben wir internationale Kooperation organisieren zu helfen – zur Verständigung über friedenspolitische, wirtschaftliche, umwelt- und entwicklungspolitische, technologische und andere Grundfragen. Die Aktualisierung unserer internationalistischen Traditionen wird also ein Eckpfeiler unserer Politik der Zukunft sein müssen.

Was wir brauchen, sind eine neue Ordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und entsprechende internationale Institutionen, in denen die Interessen aller Beteiligten – so auch des Ostens, auch des Südens – angemessen zur Geltung kommen. So sollten zumal – wie es die SPD ebenso wie die SI seit längerem fordern – Einsparungen, die durch verminderte Rüstung erzielt werden, jedenfalls zu einem Teil in international koordinierter Form in die notleidenden Regionen der Welt geleitet werden.

Der Glaube, ungehemmtes wirtschaftliches Wachstum bewirke *automatisch* mehr Freiheit und Gerechtigkeit, gar persönliches Glück – dieser Glaube ist zerronnen. Das heißt aber ganz gewiß nicht, daß wir von unseren emanzipatorischen Zielen Abschied zu nehmen hätten. Es heißt vielmehr, daß wir sensibler, aufmerksamer und kritischer dafür sein müssen, wie

lange einmal für richtig befundene Wege uns den Zielen eines freien, solidarisches und gesicherten Lebens wirklich näherbringen. – Die gebotene selbstkritische Offenheit gilt nicht nur für den Mangel an gedanklicher Flexibilität, sondern auch für die Risiken eines *übertriebenen* Interventionismus und für das gelegentliche Abheben einzelner Vertrauensleute vom Empfinden derer, die zu vertreten sie berufen sind.

Zum Neuen und Hoffnungsvollen an der veränderten Situation der Gegenwart gehört: Verantwortungsbewußte Kräfte in verschiedenen Lagern haben erkannt, daß Menschheitsinteressen Vorrang vor Gruppen- und Regionalinteressen haben müssen. Die neuen Gefährdungen eröffnen auch beispiellose Chancen der Zusammenarbeit, der Bündelung von Kräften und der Überwindung von Unterdrückung, Ausgrenzung und krasser Ungleichheit. Eine zukunftsorientierte Sozialdemokratie hat diese Chancen zu nutzen. Der langfristige Trend zur Weltinnenpolitik verlangt gerade von uns, von unseren Parteien, ein neues Verständnis von europäischer und weltweiter Verantwortung.

Freilich, die Zaubertormel für konfliktfreien gesellschaftlichen Wandel besitzen auch wir Sozialdemokraten nicht. Wir wissen wohl, wie schwer es sein kann, soziale Gerechtigkeit in einer Marktwirtschaft zu gewährleisten, und wieviel Kraft dazu gehört, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auszubauen. Wir werden unsere nationalen Erfahrungen einzubringen, aber nicht zu meinen haben, wir könnten der Welt Patentrezepte bieten.

Bei der Vertretung der Menschenrechte werden Sozialdemokraten auch in Zukunft keine Kompromisse eingehen können. Dort, wo Menschenrechte verletzt werden, werden wir noch unbedingter mahnen, wo ihre Sicherung ungenügend ist, noch entschiedener auf Veränderungen drängen. Wir verstehen uns als Anwalt ungeteilter Menschenrechte. Um der menschlichen Würde willen dürfen Menschenrechte weder geteilt noch gegeneinander ausgespielt werden. Liberale Freiheitsrechte, demokratische Teilhaberrechte und soziale Schutzrechte bedingen einander, nur gemeinsam garantieren sie Freiheit.

Wirkliche Freiheit kann es nur geben, wo Menschen über Fragen, die ihr Zusammenleben betreffen, gemeinsam, also demokratisch, entscheiden. Die politisch gesicherte und gesellschaftlich vollendete Demokratie, das bleibt

das Zentrum der Vision von sozialer Demokratie (und freiheitlichem Sozialismus). Und die Vision einer demokratisierten Gesellschaft ist das, was Sozialdemokraten in aller Welt verbindet: Selbstbestimmung der Menschen in der Arbeitswelt, Mitbestimmung der Gesellschaft über die wirtschaftliche Entwicklung und wirksame Kontrolle von Macht.

Die Parteien der Sozialistischen Internationale bestimmen angesichts des unterschiedlichen Entwicklungsstandes ihrer Länder und ihrer jeweiligen Traditionen die Instrumente gesellschaftlicher Kontrolle auf voneinander abweichende Weise. In der Grundidee einer gemischten Wirtschaftsordnung stimmen sie indessen überein: Wirtschaftsdemokratie ist auch in Zukunft ein Hauptziel, weil sie die Würde des arbeitenden Menschen sichert, ein Instrument der Kontrolle von Macht darstellt und weil die gesellschaftliche Teilhabe an wirtschaftlichen Entscheidungen auch eine Voraussetzung bleibt für die wirksame Bekämpfung von unzumutbarer Arbeitslosigkeit.

Den Sozialdemokraten (bzw. freiheitlich-demokratischen Sozialisten) hat es heute ebenso wie in der Zeit ihrer Gründungsväter um den mündigen Menschen zu gehen, der in Gemeinschaft mit anderen die Umstände seines Lebens bestimmt und in diesem Rahmen sein Glück individuell suchen kann. Diese Vision bedarf keiner Korrektur. Auch die Einsicht, daß die Welt von heute und morgen nicht nur neuartige Risiken birgt – sie eröffnet auch beispielsweise Chancen.

III.

Nun erleben wir eine Art sozialdemokratischer Wieder- bzw. Erstgeburt im Osten. Überall, wo die kommunistische Herrschaft zusammenbricht, entstehen neue oder neue/alte Parteien, die der großen Familie der Sozialdemokratie (bzw. des freiheitlichen Sozialismus) zugerechnet werden möchten. Oder die Traditionen verfolgter Vorgänger wieder aufnehmen. Oder – auch das gibt es – sich nur so nennen.

Auf einer Tagung in Wien vor ziemlich genau einem Jahr habe ich gesagt, einige von uns – mich eingeschlossen! – hätten zu früh und zu pauschal von einer Renaissance der Sozialdemokratie gesprochen. Wir mußten in der Tat erfahren, daß Erblasten des Stalinismus und Poststalinismus wider alle Gerechtigkeit auch denen aufgebürdet wurden, die in sozialdemokratischer

Tradition wurzeln und deren Väter, Vorväter oder Vorgänger ihrer Überzeugung wegen verfermt und verfolgt worden waren.

Wir kennen das aus der DDR: Seit dem Verbot der SPD 1933 war mehr als eine Generation vergangen. Die 46er Zwangsvereinigung zur SED teilte sich den Nachwachsenden kaum noch als das mit, was sie war: eine brutale Gleichstellung von Sozialdemokratie durch Kommunismus. Als dann '89 der Umbruch kam, erschien die SPD dort am schwächsten, wo sie früher einmal am stärksten gewesen war. Ob unsere neuentstandene Partei dann nicht zunächst über Gebühr selbstgenügsame Züge annahm und sich zu schwertat z. B. mit der behutsamen Öffnung für unbescholtene SED-Mitglieder, will ich jetzt nicht erörtern; sonst müßte auch einbezogen werden, wie die Sozialdemokraten im Osten der Bundesrepublik mit daran zu tragen hatten, daß einem Teil im Westen ein unmißverständliches Ja zur Einheit unnötig schwerfiel. Die Lage in den neuen Bundesländern verändert sich rasch. Die Sozialdemokraten sind dabei, sich stärker zu verankern. Sie werden Fortschritte machen.

Im vorigen Jahr, auf der erwähnten Wiener Tagung, vermutete ich, es werde einige Zeit brauchen, bis das aufgewühlte Wasser wieder klar geworden sei. In wenigen Jahren und mit deutlichen Unterschieden von Land zu Land – fügte ich hinzu – werde sich die Parteienlandschaft anders darstellen. Davon ist schon einiges zu spüren. Ich will mich jedoch nicht auf eine verfrühte Bestandsaufnahme einlassen, sondern nur einige Hinweise geben.

In Rußland haben die Sozialdemokraten (die sich so nennen, wenngleich sie von einigen nicht übelwollenden Beobachtern eher als sozialliberal eingestuft werden, was ja keine Schande ist) gerade das Amt des Arbeitsministers mit einem der ihren besetzen können. Sie sind noch schwach, aber im russischen Parlament wie im Obersten Sowjet vertreten, wie auch in den Stadtvertretungen vor allem von Petersburg und Moskau. Nicht wenige jener Demokratiebewegung um Boris Jelzin, die den Putsch vor drei Wochen vereitelt und mit Gorbatschow die Chancen einer erneuerten Union stabilisierten, tendieren in sozialdemokratische Richtung. Auf der anderen Seite wird kaum etwas von dem Versuch übrigbleiben, der KPdSU zu einem demokratisch-sozialistischen Programm zu verhelfen; der nicht uninteressante Entwurf hätte im Dezember behandelt werden sollen. Einer, der

daran mitgearbeitet hatte, sagte mir dieser Tage in bewegender Schlichtheit: Historisch habt Ihr Sozialdemokraten recht bekommen . . .

Repräsentanten der russischen Sozialdemokratie (die sich – nachdem soviel Zeit verflossen ist – kaum auf die nach 1917 unterdrückten Menschewiki berufen) haben schon an mehreren Ratstagungen der SI teilgenommen, so zuletzt in Istanbul im Juni, und an einer Regionalkonferenz in Sydney im April. In Istanbul war auch der Vorsitzende der aserbajdschanischen Sozialdemokraten dabei, in Sydney – von außerhalb der noch existierenden Sowjetunion – ein Vertreter jener mongolischen Sozialdemokratie, die aus Wahlen als zweitstärkste Partei hervorgegangen war. Um Zusammenarbeit bemühen sich neugegründete Parteien u. a. aus der Ukraine, aus Kasachstan, aus Georgien (wo die Erinnerung an die menschewistisch geführte Regierung nicht völlig verblaßte, die 1921 durch die Rote Armee beseitigt wurde). Demnächst werden wir im Präsidium unserer Internationale, auf einer Sitzung in Berlin, gemeinsam mit Partnern aus Moskau über die Lage in der bisherigen Sowjetunion beraten. Es gibt leider noch keinen Grund, davon auszugehen, daß die Gefahren von Zersplitterung, Chaos und Hungersnot (und vielleicht auch neuer totalitärer Heimsuchungen) gebannt seien.

Einen besonderen Fall bilden die recht stabilen und von einem ansehnlichen Teil der Wähler unterstützten Sozialdemokraten in den baltischen Republiken Estland, Lettland, Litauen. Mit ihren Repräsentanten im Exil hatte die SI stets Kontakt, noch vor der staatlichen Unabhängigkeit sind die Parteien bei uns in ihren früheren Status wiedereingetreten.

Die Formel des Wiedereintritts in frühere Rechte gilt auch für Parteien in den der bisherigen Sowjetunion vorgelagerten Staaten. Die recht solide bulgarische und die langsam erstarkende tschechoslowakische Sozialdemokratie sind schon Vollmitglieder in der SI. Formal gilt dies auch für Ungarn, wo aber noch erhebliche Startschwierigkeiten zu überwinden sind. In Polen fanden sich Überlebende der traditionsreichen PPS zusammen; besondere Bedeutung kommt dem Teil von „Solidarnosc“ zu, der sich deutlich in Richtung sozialer Demokratie entwickelt. Ansätze neuer sozialdemokratischer Parteien gibt es in Rumänien und in Teilrepubliken des schwer geprüften Jugoslawien; in Ljubljana und Zagreb haben sie Regierungseinfluß, aber – ebenso-

wenig wie durch befreundete Gruppen in Serbien – reichte der Einfluß aus, um hinreichend Gegengewicht gegen erschütternde nationalistische Exzesse und den serbisch-kroatischen Bruderkrieg bilden zu können.

Das Bild wird dadurch nicht weniger kompliziert, daß sich in einer Mehrzahl von Fällen ex-kommunistische Parteien umbenannt haben, im wichtigen italienischen Fall in „Linke Mitte“, anderswo in „demokratisch-sozialistische“. Manche möchten Mitglieder der SI werden. Das sehe ich nicht kommen, jedenfalls nicht überstürzt, in bezug auf einige überhaupt nicht. Doch wo der Wandel glaubhaft ist und die betreffende Partei Gewicht hat (wie in Italien), werden in Abstimmung mit der jeweiligen Mitgliedspartei konkrete Formen von Meinungsaustausch zu erörtern sein.

Die soziale und die europäische Frage bleiben – neben der nationalen – auf der Tagesordnung. Ohne Zweckoptimismus sehe ich den Einfluß der Sozialdemokraten und ihre Verantwortung zunehmen; Garantien für durchschlagenden und nachhaltigen Erfolg gibt es jedoch bekanntlich nicht.

Ich zitiere noch einmal einen französischen Sozialisten, den Europa-Abgeordneten Max Gallo. Der schrieb dieser Tage: „Wenn die Sozialdemokratie es nicht schafft, das nationale, europäische, weltweite politische System demokratisch zu humanisieren, wenn sie sich nicht auf die Notwendigkeit besinnt, das demokratische Bewußtsein voranzubringen – was nur mit Gleichheit und Gerechtigkeit zu machen ist –, dann kehren die Monster zurück. Mit anderem Namen und anderem Gesicht.“

Dem sozialdemokratischen Pluralismus werden aus den bisher kommunistisch regierten Ländern neue Facetten hinzugefügt. Das ist gut, wird uns aber hoffentlich vor erneuter Thesen-theologie zum Thema „Endziel“ verschonen. Wer sich darauf einläßt, überfordert die Menschen und verkennt die Expansion wissenschaftlichen Denkens. Ich halte es für keinen Schaden, daß die Bandbreite unterschiedlicher sozialdemokratischer Traditionen zwischen – sagen wir – Skandinavien und dem Mittelmeerraum die Wurzeln ihrer jeweiligen Herkunft nicht zu leugnen vermögen. Weshalb sollten sie? Der historische und soziale Hintergrund befreundeter Parteien ist in Lateinamerika (mit übrigens fast ebensoviel Mitgliedsparteien wie in Europa) anders als in Afrika oder Vorderasien, in Japan anders als in Ozeanien.

Die Grundwerte sind überall relevant. So auch das Interesse an verstärkter Zusammenarbeit in regionalen und internationalen Bereichen. So auch am Austausch darüber, wie soziale Demokratie erstens gefördert und zweitens gesichert werden kann. Und wie aus der Perspektive einer rundum menschenwürdigen Ordnung – über das eigene Land hinaus – eine Verpflichtung für eigenes Handeln ebenso wird wie ein Angebot zu Dialog und Zusammenarbeit. Dafür lohnt es immer wieder sich neu ins Zeug zu legen.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in der Zukunft

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Innerhalb weniger Jahre hat sich unsere Welt dramatisch verändert. Politisch freuen wir uns über neu gewonnene Freiheiten in vielen Ländern Europas. Wirtschaftlich hat die Kommandowirtschaft sowjetischen Typs ein Trümmerfeld hinterlassen, jetzt setzen diese Länder auf Marktwirtschaft. Eine politisch stabilere Welt wird nur entstehen, wenn es gelingt, damit die immensen wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Über den dramatischen Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa dürfen wir allerdings nicht vergessen, daß die Welt auch sonst in Bewegung geraten ist und die großen Probleme der Dritten Welt nach wie vor ungelöst sind.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muß sich der veränderten Welt und den sich abzeichnenden Entwicklungen stellen. Wir müssen unsere Konzepte überdenken.

Die vergangenen Jahrzehnte waren von einem Wettkampf der politischen Systeme geprägt, einem Wettbewerb der wirtschaftspolitischen Konzepte. Nach dem Bankrott der zentralen Planwirtschaft setzen jetzt immer mehr Länder auf die Marktwirtschaft.

Was können wir als SPD ihnen raten? Was für eine Wirtschaftspolitik müssen sie betreiben, um Wohlstand und Beschäftigung zu erreichen, die Umwelt zu erhalten und politische Autonomie zu bewahren?

Die SPD hat in ihrer Geschichte ihre wirtschaftspolitische Konzeption immer wieder heftig diskutiert und verändert. Welche Konsequenzen ziehen wir diesmal aus der veränderten Lage?

Ich meine, daß dies keine ideologische Debatte sein darf. Sie muß sich an den anstehenden Problemen orientieren. Deswegen sind die folgenden Überlegungen nicht in erster Linie an den Programmbeschlüssen der SPD angelehnt. Vielmehr sind sie ein Beitrag zur Programmdiskussion der Zukunft.

Dabei kann es schon aus zeitlichen Gründen nicht um eine flächendeckende Diskussion gehen. Ich will aber einige zentrale Fragen herausgreifen. Am augenfälligsten ist die Herausforderung bei unserer Stellung zu Europa. Die wirtschaftliche Situation in Mittel- und Osteuropa ist dramatisch und beängstigend. Die Erfolgsaussichten der großen und kleinen Länder des früheren RGW-Raums bei ihrem Crash-Kurs in Sachen Marktwirtschaft hängen nicht nur von der ohnehin schwierigen Bewältigung des Systemwechsels ab. Mindestens genauso wichtig ist es, Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, die zu Wirtschaftsräumen von einer Größe führen, die Überlebensfähigkeit ermöglichen.

Der Zusammenbruch des Sowjetreiches ist ja nicht nur ein Zusammenbruch des östlichen Wirtschaftssystems. Es ist auch die endgültige Abkehr von überzogenen zentralistischen Lösungen. Die Lehre daraus werden wir auch im Westen – auch in der EG – zu ziehen haben.

Wir dürfen im Westen nicht die Signale übersehen, die sich im Wunsch nach mehr Eigenständigkeit für Regionen zeigen. Das Wort vom Europa der Regionen darf keine leere Hülse bleiben. Es muß weiterentwickelt werden.

Wer die Diskussion um die Wirtschafts- und Währungsunion genauer verfolgt, weiß, daß insbesondere bei unseren französischen Partnern der Wunsch nach zentralistischen Lösungen nach wie vor vorhanden ist, von der Europäischen Kommission ganz zu schweigen.

Die tragischen Ereignisse in Jugoslawien – man kann aber auch an Nordirland und die Basken erinnern – zeigen, wohin es führt, wenn man meint, sich zentralistisch über historisch gewachsene Eigenständigkeit hinwegsetzen zu wollen. Für mich bedeutet dies vor allem den Erhalt dezentraler Strukturen auch im europäischen Wirtschaftsraum.

Die sich verselbständigenden Staaten Mittel- und Osteuropas genießen – und erleiden – ihre hart erkämpfte politische Unabhängigkeit und müssen die harten Regeln der Weltwirtschaft, in die sie sich begeben wollen, noch lernen.

Politische Unabhängigkeit ist nämlich nicht gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Wer an den Segnungen einer arbeitsteiligen Welt-

wirtschaft teilhaben will, muß sich ihren Regeln fügen. Das Problem des alten zentralistischen Wirtschaftssystems bestand ja auch darin, daß die Produktionstiefe zu groß war und unsinnige Autarkieproduktionen aufrechterhalten wurden. Es war eben unsinnig und teuer, am Ende ruinös, alles selber machen zu wollen. Weltwirtschaft heißt Zusammenarbeit und Arbeitsteilung.

Schon die Zusammenarbeit im früheren RGW war nur sehr begrenzt und eher bilateral auf die Sowjetunion hin orientiert. Diese Zusammenarbeit ist nun zusammengebrochen, ein Ersatz ist nicht in Sicht.

Was bedeutet nun diese kurze Skizze der Probleme für unsere Europapolitik?

Zunächst einmal müssen wir unmißverständlich klar machen, daß es langfristig zur Einbeziehung – zur vollen Mitgliedschaft – der mitteleuropäischen Staaten des früheren RGW in die Europäische Gemeinschaft keine Alternative gibt. Westeuropa darf sich nicht in langen Diskussionen über bloße Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen zu diesen Staaten verlieren.

Der rasche Abschluß der Assoziierungsabkommen mit der EG ist wichtig und hat insbesondere erhebliche politische Bedeutung. Da ein sofortiger Beitritt, der wohl auch Sonderregelungen erfordern würde, nicht durchsetzbar ist, kommt es darauf an, durch derartige Assoziierungsabkommen den Willen zu einem einheitlichen Europa deutlich zu machen. Genauso klar muß man allerdings auch zum Ausdruck bringen, daß damit allein die wirtschaftlichen Probleme in Mittel- und Osteuropa nicht gelöst werden. Es muß eine osteuropäische Währungsunion geben, vielleicht nach dem Muster der europäischen Zahlungsunion in der Zeit des westeuropäischen Wiederaufbaus. Es muß zu einem Zusammenschluß kommen, der mindestens das EFTA-Niveau erreicht. Ideal wäre eine neue EFTA mit den baltischen Staaten und den kleineren RGW-Staaten.

Die dann entstehende Wirtschaftsregion kann man sich leicht vorstellen: An die guten Traditionen der Hanse anknüpfend, wird die Ostsee zum Mittelpunkt einer Region um das Mare Baltikum. Die Elbe wird das Band, das die Wirtschaftsregion in Mitteleuropa verbindet. Dies wird aber nicht vom Him-

mel fallen. Notwendig ist die Schaffung von auf Integration zielenden länderübergreifenden Institutionen, z. B. eines Rates der assoziierten Länder. Ich will zu einem zweiten großen Thema kommen: Die Verwerfungen des Systemwechsels und die Anstrengungen des Wiederaufbaus, dies gilt auch für Ostdeutschland, werden der Verantwortung des Staates in der Wirtschaftspolitik eine besondere Bedeutung zuweisen.

Spätestens seit Karl Schiller gibt es in der SPD eine eindeutig marktwirtschaftliche, von einer gesamtwirtschaftlichen Globalsteuerung begleitete Orientierung.

Im letzten Jahrzehnt hat man uns immer wieder weismachen wollen, daß man auf die Globalsteuerung, also die wirtschaftliche Einflußnahme des Staates auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, verzichten könne. Eine weltwirtschaftlich ausgerichtete Angebotspolitik, mit der Formulierung allgemeiner Rahmenbedingungen sei ausreichend. Auch in der SPD hat diese Ideologie Spuren hinterlassen.

Inzwischen liegen die Erfahrungen mit derartigen Experimenten vor. Sowohl das Experiment des Herrn Reagan in den Vereinigten Staaten wie das der Frau Thatcher in Großbritannien haben mit einem Disaster geendet. Reagonomics mündeten in sozial-politisches Unglück für Millionen. Und der versprochene Lohn dieser Not, nämlich eine dauerhaft gesunde Wirtschaft, blieb aus. Die Rezepte der „Eisernen Lady“ waren ähnlich untauglich.

Und daß die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge gelten, kann man zur Zeit am Beispiel der Bundesrepublik beobachten. Eine expansive Finanzpolitik – ausgelöst durch die notwendige Finanzierung der Einheit – führt eben zu Wachstum und Beschäftigung. Wenn allerdings die Kapazitätsgrenzen erreicht werden, muß man um die Geldwertstabilität besorgt sein.

Gesamtwirtschaftliche Stabilisierung ist nur chancenreich, wenn sich die Hauptakteure der Wirtschaftspolitik abstimmen und nicht gegeneinander arbeiten. Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik müssen koordiniert werden. Arbeitet man gegeneinander, sind früher oder später Beschäftigungseinbrüche die Folge.

Abstimmung heißt nicht, die Tarifautonomie zu mißachten. Über die institu-

tionelle Ausgestaltung der früheren „Konzertierten Aktion“ läßt sich vortrefflich streiten. Sicher war hier einiges zu verändern. Ihre Wiederbelebung in erneuerter Form gehört zu den Aufgaben der Zukunft. Ein Gutteil des Erfolges sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik Ende der 60er bis Anfang der 70er Jahre war mit der „Konzertierten Aktion“ verbunden.

Kein Staat lebt mehr isoliert auf einer Insel der Glücklichen. Gesamtwirtschaftliche Stabilität ist nicht isoliert von anderen Ländern zu erreichen oder zu bewahren. Auch in dieser Hinsicht gibt es keine wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die Aufgabe, auf diesem Gebiet die internationale Zusammenarbeit auszubauen, bleibt gestellt.

Mit der Frage nach der Globalsteuerung ist die Frage nach der Rolle des Staates in einer sozialen Marktwirtschaft verbunden. Gerade nach den Erfahrungen, die wir alle in den letzten Monaten in dem Gebiet der früheren DDR gemacht haben, hat die Erkenntnis zugenommen, wie wichtig staatliches Handeln für eine funktionierende Wirtschaft ist. Unternehmer, die noch vor wenigen Monaten lautstark darüber geklagt hatten, wie sehr der Staat in Westdeutschland ökonomische Aktivitäten behinderte, waren von heute auf morgen voll des Lobes für unsere funktionierende Verwaltung. Sie hatten selbst erlebt, wozu es führt, wenn der Staat auf einmal nicht mehr vorhanden ist. Vor diesem Hintergrund können wir heute sehr viel rationaler über die Rolle des Staates in der Wirtschaft diskutieren. Wir dürfen diese Rolle nicht überschätzen. Aber wo der Staat sinnvollen Handlungsspielraum hat, muß er ihn nutzen.

Die Kommandowirtschaft sowjetischen Typs hat die Grenzen einer staatlichen Organisation von Wirtschaft deutlich gemacht. Viele sehen in der kompletten Niederlage dieses Systems bereits den endgültigen Beleg für die Vorteilhaftigkeit einer ungezügelter Marktwirtschaft. Es fällt auf, daß in Ostdeutschland auch viel häufiger das hohe Lied der Marktwirtschaft gesungen wird als der Segen der „sozialen Marktwirtschaft“.

Die Sozialdemokratie tut gut, sich der Widersprüchlichkeit dieser Situation nicht zu versagen. Dies kann man an einigen Beispielen verdeutlichen:

Zu einem erfolgreichen Wirtschaftsstandort gehört heute eine staatlich finanzierte Infrastruktur, bei der insbesondere die weichen Standortfaktoren

eine wesentliche Rolle spielen. Mit „weichen“ Faktoren sind z. B. gemeint: Kulturangebot, Freizeitmöglichkeiten, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, gesunde Umwelt. Hierfür müssen Steuern erhoben werden. In Regionen mit einer guten Infrastruktur ist es nicht überraschend, daß die Besteuerung, auch die Unternehmensbesteuerung, höher ist, als in schlecht ausgestatteten Regionen.

Man kann am Vergleich amerikanischer Metropolen zeigen, daß alle Versuche, einen Standort durch Steuervergünstigungen interessant zu machen, gescheitert sind. Sie waren notwendigerweise mit einem Abbau von Infrastruktur verbunden und verloren rasch ihre Attraktivität.

SPD-Wirtschaftspolitik muß sich auch dem Deregulierungsproblem stellen. Inzwischen haben wir ja die Möglichkeit, die Ergebnisse einiger Deregulierungsexperimente zu beobachten. Die Folgen der kompletten Liberalisierung im Bereich der amerikanischen Luftfahrt werden nach wie vor kontrovers beurteilt. Ein eindeutig positives Bild kann man aber nicht zeichnen. Deregulierung im amerikanischen Bankensektor hat zu katastrophalen Ergebnissen geführt. Es sei insbesondere an die Pleiten im Bereich der Savings and Loans Associations erinnert.

Schon diese Beispiele zeigen, daß es nicht einfach mit der Deregulierung, d. h. Rückzug des Staates aus der Gestaltung der Marktbedingungen, getan ist. In der Regel wird es also nicht um eine Deregulierung, sondern um Neuformulierung der Regeln für den Wettbewerb am Markt gehen müssen.

Immer wieder neu zu bestimmen ist das Verhältnis von marktlichen Instrumenten zu direkten staatlichen Interventionen wie Ge- und Verboten. Insbesondere im Umweltbereich muß diese Diskussion weiter geführt werden. So geht von einer vom Staat verordneten Verteuerung der Energie ein Spar-effekt aus. Die Energiekrisen der 70er Jahre haben hierfür umfangreiches Belegmaterial geliefert. Im übrigen gibt es hierfür auch gute ökonomische Gründe. Wenn man ohnehin mittelfristig mit einer Verknappung der Energie rechnen muß, ist es sinnvoll, den Preis sofort so weit anzuheben, daß er dem mittelfristigen Knappheitspreis entspricht. Diese Theorie im populären deutsch: Stelle Dich rechtzeitig auf das ein, was Dich erwartet. Man muß sich allerdings darüber im klaren sein, daß derartige Maßnahmen auch so-

ziale Konsequenzen haben. Wenn wirklich Änderungen im Verhalten erreicht werden sollen, muß man diese aber in der Regel in Kauf nehmen.

Ohne Zweifel ist ein Ausbau marktlicher Instrumente insbesondere im Umweltbereich sinnvoll. Das heißt freilich nicht, daß man nur da ansetzen könnte. Wenn ein Stoff wirklich gesundheitsgefährdend ist, reicht es nicht aus, daß man ihn verteuert, man muß ihn verbieten. Und wirtschaftspolitisch ist hier rechtzeitiges Handeln allemal geboten. Es erzwingt schnelles Anpassen und damit rechtzeitig Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten.

Wichtig ist, daß man die Grenzen staatlichen Tuns nicht aus dem Auge verliert. In Bezug auf direkte staatliche Intervention gilt leider viel zu häufig der alte Satz „daß gut gemeint das Gegenteil von Gut sei“. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik heißt: Soviel Staat wie nötig, soviel Markt wie möglich.

Wirtschaft ist niemals Selbstzweck. Sie dient dazu, Bedürfnisse von Menschen zu befriedigen. Sie muß sich daher an den Wünschen derselben orientieren. Im Laufe der Jahrzehnte hat es hier wesentliche Veränderungen gegeben. Es ist durchaus unklar, ob die Wirtschaftspolitik dies wirklich bemerkt hat.

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Situation zur Zeit besonders unübersichtlich, weil die ganz andersartigen Bedarfsstrukturen auf dem Gebiete der ehemaligen DDR sich erst langsam den unseren nähern.

Der Wunsch nach Selbstverwirklichung, nach der aktiven Gestaltung des eigenen Lebens, bestimmt die Nachfrage nach Gütern und die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die Nachfrage nach Waren differenziert sich. Das Besondere wird wichtig, Dienstleistungen in Bildung, Kultur und Freizeitgestaltung nehmen an Bedeutung zu. Die wirtschaftlichen Fragen der Umweltpolitik gewinnen überragende Bedeutung.

Auch auf dem Arbeitsmarkt kommt es zu neuen Strukturen. Der Wunsch der Frauen nach Erwerbstätigkeit wird noch weiter zunehmen. Die Bundesrepublik hat hier ja noch einen erheblichen Rückstand. Die dafür erforderliche Infrastruktur ist auszubauen: Kinderbetreuung, Ganztagschulen, aber auch Arbeitsgesetzgebung müssen darauf Rücksicht nehmen. Der Wunsch der Familien nach gleichberechtigter Teilhabe von Mann und Frau

am Erwerbsleben wird aber verbunden sein mit anderen Arbeitszeiten. Das Normalarbeitsverhältnis kann nicht mehr einziger Maßstab sein. Arbeitszeitpolitik bekommt eine besondere Bedeutung. Am Rande sei erwähnt, daß auch unsere Gewerkschaften für diese Probleme neue Lösungen erarbeiten müssen. Zum Beispiel wurden bei HBV, aber auch bei der IG Metall bereits interessante Vorarbeiten geleistet.

Man kann all die hier geschilderten Änderungen der Einstellung von Menschen unter der Überschrift „Wertewandel“ zusammenfassen. Man muß sich aber davor hüten, zu meinen, auf die industrielle Gesellschaft folge die postindustrielle und schließlich die postmoderne. Die Ausdifferenzierung der Lebensstile bewirkt etwas ganz anderes. Es gibt die unterschiedlichen Verhaltensweisen nebeneinander und die Gesellschaft muß lernen, mit unterschiedlichen Lebensstilen fertig zu werden.

Außerhalb des eigentlichen Themas will ich an dieser Stelle mit Nachdruck sagen: Wir müssen auch das Anderssein unserer ausländischen Mitbürger nicht nur ertragen, sondern als Gewinn für unsere Gesellschaft begreifen.

Es gibt ein Feld, auf dem sich die geänderten Verhaltensweisen besonders deutlich zeigen, nämlich unser Umgang mit Natur und Umwelt. Die Menschen sind dabei zu lernen, daß saubere Luft, reines Wasser und unverseuchte Böden längst nicht mehr freie Güter sind. Sie sind wertvoll. Es gilt sie zu bewahren bzw. wieder herzustellen. Viele Menschen wissen auch, daß dieses nicht ohne hohe Kosten möglich ist. Sie sind bereit, hierfür zu zahlen. Es besteht – noch eingeschränkt, aber doch zunehmend – die Bereitschaft, auf Einkommenszuwachs zu verzichten, um Umwelt zu erhalten. Zugleich hat sich herumgesprochen, daß diejenigen, die rechtzeitig auf umweltschonende Produktionsverfahren und Produkte setzen, einen Wettbewerbsvorsprung erhalten. Der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft ist insofern nicht nur ökologisch notwendig, er ist auch ökonomisch sinnvoll und entspricht den Wünschen unserer Bürgerinnen und Bürger. An dieser Stelle eine Bemerkung: Nicht jede in Schwierigkeiten geratene Firma kann sich durch Umstellung auf Ökoprodukte wie Kraftwerkfilter oder Windenergieanlagen retten. Auf solche Ideen sind gesunde Firmen rascher gekommen.

Ökologischer Handlungsbedarf geht nicht nur auf veränderte Werthaltung

gen der Bevölkerung zurück. Gerade im Energiesektor ergeben sich Notwendigkeiten aus langfristiger Knappheit an Ressourcen und den Nebeneffekten der Energieumwandlung. Ich spreche vom Klima. Die Zunahme unserer Kenntnisse auf diesem Gebiet wird dazu führen, daß die regenerativen Energien und das Energiesparen weiter an Bedeutung gewinnen, daß die Abwägung zwischen der Verbrennung fossiler Energie und der Nutzung der Kernenergie noch komplizierter werden wird. Wenn der Meeresspiegel sich hebt und Sturmfluten die Deiche bedrohen, wenn die Wüsten sich ausdehnen und die Polkappen abschmelzen, wird diese Debatte unter anderem Vorzeichen geführt.

Noch ein Wort zum internationalen Wettbewerb. Der Wettbewerb auf den Weltmärkten ist auch ein Wettbewerb der Technologien. Die Entwicklung von Schlüsseltechnologien verschlingt derart große Summen, daß einzelne Firmen, ja ganze Länder, damit überfordert sind. Kooperationen sind notwendig. Der Staat muß die Basis für derartige Entwicklungen legen. Eine aktive Technologiepolitik kann helfen, Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Davon ist bei uns leider nicht viel zu spüren. Unsere Forschungsmittel verschwinden vornehmlich im Weltraum. Das mag Prestige bringen, sichert auf Dauer aber keine Arbeitsplätze.

Im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Währungsunion in Europa, aber auch im Zusammenhang mit Ostdeutschland, wird immer wieder über Industriepolitik gesprochen. Die Entschlossenheit, so etwas unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten für falsch zu halten, hat mit der Realität nichts zu tun. Gerade bei uns wird sehr massiv Industriepolitik betrieben.

Dies heißt nicht, daß man alles, was auf diesem Gebiet geschieht, für richtig halten muß. Subventionen, die den Strukturwandel aufhalten und die notwendige Anpassung verhindern, schaden, wenn sie mehr als Übergangslösungen darstellen. Der Schutz einheimischer Industrien gegen die ausländische Konkurrenz führt häufig dazu, daß die einheimische Industrie schläfrig wird. Demgegenüber gehen von einer Industriepolitik, die sich als Technologiepolitik versteht, Anstöße für den Strukturwandel nach vorne aus.

Dies gilt insbesondere für die Bundesrepublik, die in der internationalen Arbeitsteilung auf Spezialisierung setzt. Es ist immer wieder notwendig, den

technischen Anschluß zu finden, besser noch: Die Maßstäbe für den technischen Fortschritt selbst zu setzen.

Dazu kommt, daß die Gefahr besteht, daß wir uns in Deutschland, man könnte aber auch sagen in Europa, aus einigen Schlüsselindustrien zurückziehen. Das Beispiel der Röntgenlithographie in der Chipherstellung ist nur eines. Hier waren die Deutschen einmal führend. Wir hatten diese Technik betrieben, bevor Amerikaner und Japaner auch nur das Thema entdeckt hatten. Inzwischen haben wir uns weitgehend zurückgezogen und das Feld insbesondere den Japanern überlassen. Dies alles kann man nur mit großer Sorge verfolgen.

Nun kann man freilich fragen, ob der Staat auf dem Gebiet der technischen Entwicklung wirklich soviel klüger ist als die Wirtschaft. Es gibt genügend Beispiele, an denen man zeigen kann, daß er es nicht ist. Deswegen wird es gerade auf diesem Gebiet auch immer darauf ankommen, eine vernünftige Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft zu erreichen.

Subventionen für Forschungsinvestitionen mit hohem Risiko *ohne* Beteiligung der betroffenen Wirtschaft sollte es *nicht* geben. Das Engagement derjenigen, die letztlich den Nutzen von einer Forschungsinvestition haben, muß sichtbar sein.

Man darf ordnungspolitisch den Nachtwächterstaat, der in Sachen Wirtschaft durch Abwesenheit glänzt, und das japanische Industrieministerium Miti, bei dem alle Fäden zusammenlaufen, nicht als die einzig möglichen Alternativen ansehen. Dem durch staatliche Intervention nicht zu Japan und den USA verzerrten Wettbewerb muß sich Europa stellen. Hierbei bedarf es staatlicher Hilfe. Dabei darf es nicht zu einem neuen Wettlauf der Branchen und Regionen nach einer höheren Subvention kommen.

Faßt man abschließend die hier vorgetragenen Überlegungen zusammen, kristallisiert sich eine entscheidende Frage heraus: Sind wir alle, die wir am Wirtschaftsprozess teilnehmen, Unternehmer und Arbeitnehmer, auch die Wirtschaftspolitiker, wirklich bereit, uns den Veränderungen dieser Welt zu stellen?

Diese sind dramatisch: im politischen Raum, bei den Werten, aber auch bei der technischen Entwicklung. Hierauf angemessen zu reagieren, ist unsere

Aufgabe. Vereinfacht gesagt: Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß der Strukturwandel eine dauernde Erscheinung in unseren modernen Gesellschaften ist. Für Volkswirtschaften, die so wie die deutsche unauflösbar in die Weltwirtschaft verflochten sind, die ihren Wohlstand aus dieser Verflochtenheit ableiten, gilt, daß sie Beschäftigung verlieren, wenn sie den Wandel verschlafen. Der nichtbewältigte Strukturwandel kostet mehr Arbeitsplätze, als der vollzogene.

Die nach wie vor möglichen Rationalisierungseffekte sollten in Arbeit für die Entwicklung dieser einen Welt umgesetzt werden. Denn darüber darf sich niemand im Unklaren sein: Der Frieden auf dieser Welt kann nur erhalten bleiben, wenn es auch gelingt, das Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost, zwischen Nord und Süd zu überwinden. Gerade sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muß hieran immer wieder neu erinnern. Die Aufgabe liegt in unserer Nachbarwohnung, in den neuen Ländern. Im Osten liegt sie vor unserer Haustür. Wir müssen uns aber auch um unsere Nachbarn in weiter entfernten Ländern kümmern.

Damit sich niemand etwas vormacht: Das heißt auch, daß Sozialdemokraten daran erinnern müssen, daß zur Solidarität das Teilen gehört.

Geschichte und Zukunft der Arbeiterschaft

Prof. Dr. Jürgen Kocka

1988 feierte die SPD ihr 125jähriges Bestehen, u. a. dadurch, daß die Historische Kommission der Partei im Bonner Ollenhauerhaus einen historischen Kongreß ausrichtete. Das große eröffnende Forumsgespräch stand unter dem Motto „Abschied von der klassischen Arbeiterbewegung?“ Wie sich bald zeigte, war dies nicht als eine rhetorische, sondern als eine echte Frage gemeint. Helga Grebing: „Der lange Abschied von der Arbeiterbewegung scheint kein Ende zu finden. So erwarten die einen schon lange ungeduldig das Ende der Arbeiterbewegung und sehen es als von der Geschichte beschlossen. Die anderen, als lebensgeschichtlich mit der Arbeiterbewegung identifizierte, können diesen Abschied gefühlsmäßig kaum aushalten oder bestenfalls unter Zuhilfenahme ihres Kopfes ertragen.“

Die häufig formulierte These vom Ende der Arbeiterbewegung hängt meist zusammen mit der These vom Ende der Arbeiterklasse. „Abschied vom Proletariat“, so hießen eine ganze Reihe Bücher und Aufsätze der letzten zwei Jahrzehnte. Weil eine in sich geschlossene Arbeiterklasse anders als im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert nicht mehr bestehe, so die These, könne es auch keine wirkliche Arbeiterbewegung mehr geben. Stützen nicht die programmatischen Aussagen der SPD diese Interpretation? Im fast genau vor hundert Jahren veröffentlichten Erfurter Programm der SPD von 1891 hieß es: „Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.“

Im Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 kommt das Wort „Arbeiterklasse“ dagegen nicht mehr vor. Und die „Arbeiterbewegung“ erscheint

explizit nur als eine der geschichtlichen Wurzeln des demokratischen Sozialismus unter anderen.

Um diese Problematik geht es im Folgenden. Ich werde im ersten Teil meines Vortrages auf die Jahrzehnte blicken, die gemeinhin als klassische Zeit der Arbeiterbewegung gelten, also auf das späte 19. und das frühe 20. Jahrhundert, als die Arbeiterschaft in der Tat zu so etwas wie einer in sich einigermaßen geschlossenen mächtigen Klasse herangewachsen war und einer ähnlich geschlossenen, aber ziemlich einflußlosen Arbeiterbewegung als soziale Basis diente.

Im zweiten Teil werde ich dann die wichtigsten Veränderungen besprechen, die die Arbeiterschaft seitdem durchlaufen ist. Der Erste Weltkrieg und die 1960er Jahre sind so etwas wie Wasserscheiden gewesen, und im ganzen ist der Klassencharakter der Arbeiterschaft deutlich verblaßt.

Zum Schluß werde ich die Frage wieder aufnehmen, ob die klassische Arbeiterbewegung zu Ende ist und was das für Gegenwart und Zukunft bedeuten könnte.

I.

Was war das „Klassische“ an der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung des Kaiserreiches? Welches waren die Merkmale, die sie zu einer so herausgehobenen historischen Kraft machten und die heute angeblich oder wirklich verlorengegangen sind? Vier solcher Merkmale möchte ich hervorheben.

Erstens, die Arbeiterbewegung verstand sich nicht nur als Klassenbewegung, im Großen und Ganzen war sie es auch. Wo immer man hinblickt auf die ca. eine Million SPD-Mitglieder von 1914 oder die 1,5 Millionen Mitglieder der Freien Gewerkschaften, oder die ebenfalls 1,5 Millionen Mitglieder der Konsumvereine vor dem Krieg: Es waren primär wohl über 90 Prozent Lohnarbeiter. Lohnarbeiter besonders klar im Fall der Gewerkschaften, die kaum Selbständige und wenig Angestellte in ihren Reihen hatten und einen Organisationsgrad von etwa 20 Prozent vor 1914 erreichten. Die SPD zwar zählte Selbständige, Angestellte und einige Akademiker zu ihren Mitgliedern und erst recht zu ihren Wählern, aber nur in kleinen Minderheiten. Vor-

nehmlich wurde die Arbeiterbewegung getragen von Lohnarbeitern, also von Menschen, die ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anboten und dann mit ihren Händen für Lohn und in Abhängigkeit von anderen Produkte herstellten, die sie nicht besaßen. Die Arbeiterbewegung vertrat Lohnarbeiter verschiedenster Qualifikation, wobei die gelernten Arbeiter vorherrschten, aber die ungelernten nicht fehlten. Sie vertrat Arbeiter aus den verschiedensten Wirtschaftszweigen, wobei Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter dominierten, aber auch die Heimarbeiter nicht fehlten. Katholiken und Frauen waren unterrepräsentiert, aber sie fehlten nicht ganz. Und über Berufsgrenzen hinweg fand der Zusammenschluß statt in Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften.

Mit anderen Worten, eine berufsübergreifende Lohnarbeitersolidarität hatte sich entwickelt in spannungsreicher Absetzung von den kleinen und großen Kapitalbesitzern. Es waren klassenmäßige Interessen und Erfahrungen, Einstellungen, Konflikte, aus der die Bewegung entstand – so ähnlich, wie es Marx vorausgesagt hatte. Das läßt sich in Deutschland jedenfalls für die Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg so sagen, zum großen Teil auch noch für die Weimarer Zeit, im Grunde galt es international.

Es gab ein zweites Merkmal dieser klassischen Epoche, das in Deutschland besonders stark hervortrat: Die Arbeiterbewegung war Teil einer umfassenden Arbeiterkultur. Sie hatte in der Zeit der Verfolgung unter dem Sozialistengesetz 1878 bis 1890 fast den Charakter einer großen Familie angenommen, die für ihre Mitglieder nicht nur eine politische Gesinnungs-, sondern auch eine soziale Gemeinschaft bildete, die sie von der feindlichen bürgerlichen Welt und dem Druck der staatlichen Organe teilweise abschirmte. Die Sozialdemokratie und das von ihr inaugurierte rege Vereinsleben der Arbeiter auf lokaler Ebene bildete eine eigene Gesellschaft in der Gesellschaft, einen Staat im Staate. Der sozialdemokratische Arbeiter trank sein Bier in einer von einem Parteigenossen betriebenen Kneipe; er bezog seinen Tabak im Zigarrenladen eines Genossen; seine Frau kaufte die Lebensmittel der Familie bei einem sozialistischen Ladenbesitzer; er kegelte, sang, schwamm oder turnte in einem aus Parteianhängern gebildeten Verein, er beteiligte sich mit seiner Frau und seinen Kindern an den von der lokalen Parteioorganisation veranstalteten Sommerfesten, Theateraufführun-

gen, Konzerten und Bildungsveranstaltungen; er hatte seine Freunde und Skatpartner unter den Parteigenossen und fand die Zahlabende der lokalen Partei, wo man jeden kannte, so richtig gemütlich.

Dies alles war ein Netzwerk von Alltags- und Freizeit- und Lebenshilfeorganisationen, und alles zusammen gehörte zu einem sozialdemokratisch-proletarischen Milieu, zu einer Lebenswelt, zu einer Kultur. Diese Arbeiterkultur war natürlich von der sie umgebenden Mehrheitskultur nicht völlig isoliert und auch keineswegs völlig unterschieden. Trotzdem besaß sie ihre eigene Identität, und zwar letztlich als Folge gemeinsamer Knappheits- und Arbeitserfahrungen einerseits, als Folge gemeinsamer Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen andererseits.

Für den einzelnen Arbeiter bedeutete diese Arbeiterbewegung sehr vieles zur gleichen Zeit, und entsprechend vielfältig, multidimensional waren die Ziele und Programme der Arbeiterbewegung, die in jener Kultur wurzelte.

Eine separate Arbeiterkultur bestand auch noch in der Weimarer Zeit. Sehr bezeichnend die folgende Einzelheit: Dem Mittelstürmer Erwin Seeler, also dem Vater von Uwe Seeler, und einem anderen Spieler wurde 1932 angeboten, aus ihrem Arbeiterfußballverein in einen bürgerlichen Fußballverein überzuwechseln, in Hamburg. Die lokale Arbeiterzeitung rief ihnen ein „Pfu!“ hinterher und die – übrigens vergebliche – Mahnung, zur Besinnung zu kommen und nicht zum Verräter ihrer Klasse zu werden. Die moralische Aufladung der Zugehörigkeit zum sozialdemokratisch-proletarischen Milieu wird an dieser Geschichte deutlich, aber eben vielleicht ebenso bezeichnend ist die Tatsache, daß die in einem Arbeiterverein erfolgreichen Fußballer bereits in einen bürgerlichen Verein wechseln konnten.

Drittens ist auf den oppositionellen, den fundamental-oppositionellen Charakter der damaligen Arbeiterbewegung hinzuweisen. Sicherlich war diese Arbeiterbewegung auf weite Strecken und in großen Teilen nie wirklich revolutionär. Man kann auch lange debattieren, wie marxistisch sie in Wirklichkeit war. Wie die zukünftige Gesellschaft im Einzelnen aussehen sollte, darüber bestand kein klares und kein einheitliches Bild. Und natürlich lehnten Sozialdemokraten nicht alles an ihrer jeweiligen Gegenwart ab. Sie wußten Rechtstaatlichkeit, Demokratie – soweit sie sich entwickelt hatte –, Sozialstaatlichkeit, auch modernen Industrialismus durchaus zu schätzen. Den-

noch bestand ein weitreichender Konsens darüber, daß das Ziel jenseits des Kapitalismus liegen sollte. Und für dieses Ziel stand das Kürzel „Sozialismus“, wie unklar und vieldeutig auch immer. Dieses utopische Element kennzeichnete nicht nur die Debatten und Programme der Parteintellectualen, sondern war auch in gewissen Unerträglichkeitserfahrungen und Zukunftserwartungen vieler Mitglieder und Wähler verwurzelt.

Schließlich ein *viertes* Merkmal der damaligen Arbeiterbewegung: Ihr gelang ein besonderes Kunststück, nämlich die Verbindung zwischen der Vertretung besonderer Arbeiterinteressen einerseits und andere-seits allgemeingesellschaftlicher, allgemeinpolitischer Progressivität. Was ich meine, ist dies: Einerseits setzten sich natürlich Genossenschaften, Gewerkschaften und die Partei effektiv ein für Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, Verbesserung der Altersvorsorge, Unfallschutz in den Betrieben usw. Aber indem sie das taten – oder vielleicht, um dies tun zu können, oder als Folge davon – setzten sie sich gleichzeitig für den gesellschaftlich-politischen Fortschritt im Allgemeinen ein und trieben ihn voran: Die Arbeiterbewegung stand eben auch für Menschen- und Bürgerrechte, für kollektive und individuelle Freiheiten, für Stärkung der Parlamentsrechte im noch vorparlamentarischen System, für Demokratisierung des preußischen Wahlrechts, für Demokratisierung in verschiedensten Bedeutungen. Sie stand für die Verallgemeinerung und Unentgeltlichkeit der Schulen und der Rechtspflege, für mehr Chancengleichheit und vor allem für die Abschaffung von Not.

Zum Antisemitismus etwa oder zum extremen Nationalismus der Zeit stand die Arbeiterbewegung in größerer Distanz als die meisten anderen gesellschaftlichen und politischen Gruppen. Mit der Gleichstellung der Frauen hatte diese männlich geprägte Arbeiterbewegung ihre Probleme, doch im Vergleich zu fast allen anderen sozialen und politischen Gruppen ging sie mit Bebels Buch „Die Frau und der Sozialismus“ von 1878, ihrem Parteiprogramm von 1891 und ihrer Praxis in den folgenden Jahren vergleichsweise früh vergleichsweise weit. Und wie sehr der kräftige, wenn auch zeitweise zähneknirschende Einsatz für die erste deutsche Republik nach 1918 ein Akt historischer Vernunft war, ist besonders klar, seit man weiß, was danach kam. Sicher wäre da zu differenzieren, wo viel Licht ist, ist auch viel

Schatten, aber im Ganzen ist dies der erinnerungswerte und auch der erklärungsbedürftige Punkt: daß es der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung relativ gut gelang, die partikularen Arbeiterinteressen und den Einsatz für das allgemeine Wohl, Klassenstandpunkt und Fortschrittlichkeit für Jahrzehnte auf einen Nenner zu bringen.

Vergleicht man mit älteren Volksbewegungen, Handwerkeraufständen, Handwerksgesellenbewegungen oder Bauernunruhen früherer Jahrhunderte, so sieht man, wie historisch neuartig diese Leistung war.

Diese klassische Arbeiterbewegung war das Produkt einer ganz besonderen historischen Konstellation. Ich möchte einige Elemente dieser historischen Konstellation kurz benennen.

Zum einen war da die ständige Erfahrung von Not, Fremdbestimmung und Benachteiligung in der Arbeiterschaft. Sicherlich, die Arbeiterbewegung war nie eine Bewegung der Allerärmsten und sie kam erst in Gang, als die tiefste Talsohle der Armut des 19. Jahrhunderts durchschritten, der Pauperismus vorbei war und der Reallohnindex ganz langsam nach oben zu weisen begann, eben seit den 1860er Jahren. In Phasen guter Konjunktur kam die Arbeiterbewegung schneller voran als in wirtschaftlich schlechten Zeiten. Aber andererseits gehörten selbst die bessergestellten gelernten Lohnarbeiter nicht zu den Wohlhabenden. Die Erfahrung tatsächlicher und drohender Armut gehört bis weit ins zwanzigste Jahrhundert hinein zu den zentralen Bestandteilen proletarischer Existenz. Insbesondere wenn mehrere Kinder zu ernähren waren, konnte auch die Familie des gelernten Arbeiters in der Regel nicht auf den Miterwerb der Frau verzichten, bei Unfall und Krankheit drohte weiterhin Not, Altersarmut setzte früh ein, ab vierzig ging es mit den Verdiensten in der Regel abwärts. Die Marktabhängigkeit, die Konjunkturabhängigkeit ließen ein Gefühl der Sicherheit nicht aufkommen, Unsicherheit bedrückte manchmal mehr als Not an sich. Die Sozialversicherung, die Bismarcks Regierung 1883 bis 1889 gesetzlich verankerte, war ein wichtiger Schritt, doch ihre Wirkungen zeigten sich nur ganz langsam und blieben zunächst sehr begrenzt.

Die Erfahrung von Not, Unsicherheit und Abhängigkeit war nun in der Welt der kleinen Leute, im Bereich der Unterschichten, alt und üblich, viel älter als die Arbeiterschaft, über die ich spreche. Doch mit der Durchsetzung von

Marktwirtschaft, Industrialisierung und Urbanisierung, mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft kam auch für große Teile der handarbeitenden Klassen etwas Neues hinzu: nämlich die Erfahrung von der schnellen Veränderbarkeit der Verhältnisse, wenn man z. B. sah, wie Eisenbahnen durchs Land gebaut wurden und wie sehr sich die Karrieren und die Schicksale der Menschen um einen herum veränderten, in wenigen Jahren.

Es kam der Einfluß der Gesellschaft hinzu, einer bürgerlichen Gesellschaft, die Arbeit und Leistung als hohe Werte deklarierte. An den Fortschrittserlebnissen nahmen die Arbeiter in gewisser Weise teil, nicht zuletzt im Bereich der Arbeit und Technik, der Eisenbahn und der Industrie. Sie besaßen oder entwickelten Stolz auf ihre Arbeit und ihre Leistung. Sie lernten lesen und schreiben. Bildung war ein hoher Wert in der Arbeiterbewegungskultur jener Jahrzehnte. Es war bürgerliche Bildung in ihren demokratisch-liberalen oder utilitaristischen Varianten. Weil man die Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft konsequenter beim Wort nahm als diese selbst und sich den Einflüssen dieser Gesellschaft nicht ganz versperkte – die Rolle der Intellektuellen in der Arbeiterbewegung bleibt ein großes Thema – lernte man es, durchaus antitraditional und nicht im Sinne der herkömmlichen Volkskultur, neue Ansprüche zu haben, sie diszipliniert zu vertreten und auf Emanzipation zu drängen.

Ein Stückchen Verbürgerlichung gehörte zu den notwendigen Bedingungen dazu, die der Arbeiterbewegung ihren Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft, so, wie sie damals bestand, überhaupt erst ermöglichten. Als Produkt wie als Widerspruch war die Arbeiterbewegung mit jener bürgerlichen Gesellschaft verbunden, und dadurch unterschied sie sich scharf von älteren Volksbewegungen und älteren Unterschichtenprotesten.

Ein Weiteres kennzeichnete die damalige Konstellation. Das Gesellschafts- und Regierungssystem des Kaiserreichs besaß zahlreiche vorliberale und vordemokratische, undemokratische, exklusive und starre Züge, die nur zum Teil aus seinem bürgerlich-kapitalistischen Charakter stammten, zum anderen Teil aber Grenzen der Bürgerlichkeit jenes Systems waren. Damit hingen nun ganz besondere Diskriminierungen und Ausgrenzungen zusammen, die die Gesellschaft und der Staat des Kaiserreichs gegenüber Arbeitern bereithielten, gegenüber Arbeitern verschiedenster Art, Aus-

grenzungen, die diese Arbeiter dann dazu veranlaßten, sich über berufliche, regionale, konfessionelle und andere Unterscheidungen hinweg als zusammengehörig zu empfinden, als zusammengehörige Klasse zu erfahren, zu begreifen und zu konstituieren.

Es ist mehr als fraglich, ob die Arbeiter vor 1914 jene separate Arbeiterkultur wirklich aus eigenen Stücken anstrebten. Vielmehr scheint es so, daß sie sich in ihrem besonderen Arbeitermilieu einrichteten und es verteidigten, weil ihr Zugang zu anderen Gesellschaftskreisen sehr begrenzt blieb. Freundschaften, Nachbarschaftskontakte und Familienbeziehungen zu Bürgern waren ihnen meist verschlossen, so blieben sie unter sich. Bürgerliche Vereine grenzten sie häufig aus, so gründeten sie ihre eigenen. Die gesellschaftliche Anerkennung blieb ihnen versagt, als Antwort igelten sie sich in ihrer Subkultur ein, in der sie diese Anerkennung dann erfuhren. Die Teilnahme an bürgerlicher Kultur setzte Bildung und andere Ressourcen voraus, die sie kaum besaßen. In der Reaktion darauf verstärkte sich die Separatheit der Arbeiterkultur. Aufstiege über die Klassenlinie hinweg hinein ins Kleinbürgertum oder Bürgertum blieben selten. Vier von fünf Arbeiterkindern verblieben durchschnittlich im Proletariat. Und im politischen Bereich rückten das undemokratische Wahlrecht in Preußen, die mangelnde Parlamentarisierung und die repressive Vereins- und Koalitionsgesetzgebung und natürlich das Sozialistengesetz zumindest die politisch interessierten Arbeiter leicht in eine Außenseiterstellung.

Diese Ausschließungstendenzen seitens bürgerlicher Gesellschaft und Staat hingen ihrerseits mit ständischen und obrigkeitsstaatlichen Traditionen zusammen, die in Deutschland besonders lange stark blieben. Und diese Ausgrenzungstendenzen waren nun wechselseitig verknüpft mit der oppositionellen Grundhaltung der Arbeiterbewegung: Je mehr diese Arbeiterbewegung als eine fundamentaloppositionelle empfunden wurde, desto mehr wurde sie ausgegrenzt, je mehr sie ausgegrenzt wurde, desto separater und fundamentaloppositioneller gab sie sich. Indem die Arbeiterbewegung gegen diese vieldimensionale Diskriminierung ankämpfte, verband sie ganz notwendig ökonomische mit politischen, kulturellen und sozialen Zielsetzungen.

Das Kaiserreich war nicht repressiv genug, um die Arbeiteropposition zu

zerschlagen oder in den Untergrund zu drängen, wie dies im Zarenreich geschah. Das Kaiserreich war andererseits anders als die USA starr und repressiv genug, um Arbeiterinteressenvertreter dazu zu veranlassen, auf demokratische Fundamentalreform des Systems zu drängen, weil sie anders effektive Arbeiterinteressenvertretung schlecht bewerkstelligen konnten.

Dies also waren die entscheidenden Faktoren: einerseits Not, Unsicherheit, Fremdbestimmung, proletarische Unterlegenheit, zum anderen Ansprüche, Emanzipationserwartungen und eine kollektive Handlungsfähigkeit, auch dank einsetzender bürgerlicher Einflüsse, und schließlich der ausgrenzende, zusammenschweißende und starre Charakter des damaligen Regierungs- und Gesellschaftssystems. Und aus dieser Konstellation entstand die klassische Arbeiterbewegung als berufsübergreifende Klassenbewegung, als Teil einer umfassenden Arbeiterkultur mit fundamentaloppositionellen Zielen und utopischen Perspektiven: zwar noch sehr im Vorhof der politischen Verantwortung, doch mit der Chance, die Vertretung partikularer Interessen und den Einsatz für das allgemeine Wohl zu verknüpfen.

II.

Diese Konstellation nun hat sich in den letzten fünfundsiebzig Jahren gründlich verändert. Was waren das für Veränderungen? Zunächst sind ganz grundlegende Veränderungen in der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsteilung und in der Organisation der Produktion zu erwähnen, die sich auf die Zusammensetzung der Arbeiterschaft und der Arbeitnehmerschaft auswirkte. Im Kaiserreich hatte die Arbeiterbewegung das rasante Wachstum der Lohnarbeiterschaft hinter sich. 1895 gab es zwölf Millionen Arbeiter, davon die Hälfte in Handwerk und Industrie, aber nur wenig mehr als eine Million Angestellte, von „Handlungsgehilfen“ und „Privatbeamten“ sprach man damals. Seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts ließ die Geschwindigkeit nach, mit der die Lohnarbeiterschaft wuchs. Und seit den 1960er Jahren begann sie zu schrumpfen. Dagegen nahm die Zahl der Angestellten rapide zu. 1987 gab es in der Bundesrepublik Deutschland erstmals mehr Angestellte als Arbeiter, 1989 entfielen in der alten Bundesrepublik auf die Angestellten und Beamten 51 Prozent aller Erwerbstätigen, auf die Arbeiter nur 38 Prozent und auf die Selbständigen 11 Prozent. Es besteht also ein

ganz eindeutiges Übergewicht der abhängig Beschäftigten, der Arbeitnehmerschaft, aber diese hat sich innerhalb ihrer selbst stark umstrukturiert, mit einem Übergewicht der Gehaltsempfänger und der Nichthandarbeiter – während übrigens der landwirtschaftliche Anteil scharf zurückgegangen war. Zwar hat der typische Angestellten-Arbeiter-Unterschied – die „Kragelinie“ – über die Jahrzehnte hin ganz erheblich an Bedeutung eingebüßt. Nach sozial- und arbeitsrechtlicher Stellung, Verdienst, Abhängigkeitsgrad, Lebenslage unterscheidet sich die obere Schicht der Arbeiter nicht mehr allzusehr von der unteren Schicht der Angestellten, sehr viel weniger jedenfalls als zu Beginn des Jahrhunderts. Damals war der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten ausgeprägt, damals schlug er sich auch scharf im Sozialrecht nieder. Die Angestelltenversicherung war scharf von der Arbeiterversicherung unterschieden und abgesetzt, und zwar nur in Deutschland und Österreich, nirgendwo sonst.

Zwischen Arbeitern und Angestellten fand also langfristig Angleichung statt, und trotzdem: Nach Wirtschaftszweigzugehörigkeit (Angestellte mehr im tertiären Sektor), nach Arbeitserfahrung (eine ganz andere Situation im Büro als in der Werkstatt), nach dem Individualisierungsgrad der einzelnen Arbeiten und der eigenen Erfahrungen, nach Mentalität und Tätigkeitsprofil unterscheiden sich weiterhin Arbeiter und Angestellte sehr und eben auch in Bezug auf ihre Erreichbarkeit für die Gewerkschaften. Sie unterscheiden sich auch nach Geschlechtszusammensetzung. Während Frauen in der Lohnarbeiterschaft durchweg weniger als ein Drittel ausgemacht haben und ausmachen – über die Jahrzehnte hin relativ stabil –, sind mehr als fünfzig Prozent der Angestellten weiblich.

In der Arbeiterschaft hat übrigens der Anteil von Nichtdeutschen zugenommen, nicht in der Angestelltenschaft. 1907 betrug der Anteil nichtdeutscher Erwerbstätiger – und das waren hauptsächlich Arbeiter – sechs Prozent, 1971 lag er bei sechzehn Prozent, allerdings ist er bis 1980 wieder auf acht Prozent gefallen. Die meisten Ausländer nehmen ungelernete Arbeiten wahr und bilden eine neue, ethnisch abgegrenzte und nach Staatsbürgerrecht abgegrenzte Unterschicht. Man spricht von Unterschichtung, die die innere Kohäsion der Arbeiterschaft auflockern und abschwächen mußte.

Entgegen den Erwartungen, die man häufig in der Literatur liest und die

Ende des neunzehnten Jahrhunderts sehr stark waren, hat sich die betriebliche Konzentration seit den 1920er Jahren nicht fortgesetzt. Der in Kleinbetrieben tätige Arbeiteranteil liegt heute höher als 1907, nämlich über dreißig Prozent.

Entgegen früheren Erwartungen und entgegen mancher These in der Literatur hat weder in der gewerblichen Arbeiterschaft noch in der Arbeitnehmerschaft insgesamt eine generelle Dequalifizierung stattgefunden. Trotz Maschinisierung, trotz Bürokratisierungstendenzen hat der Anteil monotoner Jobs nicht zugenommen. Bereichsweise nahmen sogar die Autonomiespielräume in den letzten Jahrzehnten zu. Die Automatisierung hat nur auf einen kleinen Teil der Arbeiterschaft und einen noch kleineren Teil im Büro übergegriffen. Sicherlich gab es auch gegenläufige Bewegungen, aber insgesamt hat die innere Differenzierung der Arbeiterschaft zugenommen. Innere Differenzierung horizontal und vertikal, objektiv und im Selbstbewußtsein der Menschen. In der gelernten Arbeiterschaft ist Berufsbewußtsein weiterhin sehr verbreitet. Die Arbeiterschaft war nie eine einheitliche graue Masse, und heute ist sie es noch weniger als früher.

Kein einzelner Faktor hat die Arbeiterexistenz stärker verändert als das steigende Einkommen. Quantitative Vergleiche über lange Zeiträume sind aus methodischen Gründen schwer. Vielleicht kann man aber trotzdem ganz grob sagen, daß sich der durchschnittliche Reallohn der gewerblichen Arbeiter in den letzten hundertzwanzig Jahren verfünffacht hat: Reallohn, also bereinigt nach Inflation. Damit ist der Vergleich zwischen Kaiserreich, Weimar und alter Bundesrepublik gemeint.

Die durchschnittlichen Reallöhne hatten sich in den gut vierzig Jahren des Kaiserreichs nur knapp verdoppelt. In den nächsten vierzig Jahren, im Ersten Weltkrieg, in der Weltwirtschaftskrise und im Zweiten Weltkrieg, kam es zu tiefen Einbrüchen, und die realen Verdienste der Arbeiter blieben zwischen 1913 und 1950 zumeist unter dem Stand von 1900. Das waren vierzig Jahre relativer Knappheit, Unsicherheit und traumatischer Einbrüche, nach den vorhergehenden vierzig Jahren des Kaiserreichs mit seinem Wachstum. Aber in den dritten vierzig Jahren, von 1950 bis 1990, folgte ein historisch beispielloses, schnelles und kontinuierliches Wachstum der realen Verdienste auf das vier- bis fünffache.

Knappheit, Armut und Unsicherheit hatten seit jeher den Kern der proletarischen Lebensweise ausgemacht. Das hörte nun weitgehend auf, mit kaum überschätzbaren Folgen für Lebensstil, Familienleben und Bewußtsein. Um 1800 dürfte eine großstädtische Maurerfamilie (Berlin) etwa drei Viertel (73 %) ihrer Ausgaben für Nahrungsmittel verwendet haben. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts gab ein durchschnittlicher Arbeiterhaushalt im Deutschen Reich immerhin noch etwa fünfzig Prozent, von 1920 bis 1950 sogar 55 Prozent aller Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel aus. Heute beträgt dieser Anteil nur noch gut ein Viertel. Diese Verschiebung in der Ausgabenstruktur erfolgte vor allem zu Gunsten der Versorgung mit langlebigen Konsumgütern. Zwischen 1962 und 1973 wurde auch in Arbeiterhaushalten das Fernsehgerät, der Fotoapparat, der Kühlschrank, das Auto zur Regel. Die Ausgabenverschiebung erfolgte auch zu Gunsten des Reisens, der Ausgaben für Verkehrsmittel und Kommunikation. Die Sparquote wuchs in Arbeiterhaushalten von ein bis zwei Prozent des Nettoeinkommens um 1907 (und auch noch 1927) auf 12,5 Prozent 1975. Auch in diesen Hinsichten verwischte sich der einstmals so ausgeprägte Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten, zwischen proletarischem und kleinbürgerlichem Lebensstil, während sich gleichzeitig die Lebenshaltungsunterschiede innerhalb der Angestelltenschaft und wohl auch innerhalb der Lohnarbeiterschaft stärker ausprägten. Die Masse der Arbeiter hat damit – und das im scharfen Unterschied zu früher – ein Einkommen erreicht, das dem einzelnen einen gewissen Spielraum für Dispositionen ermöglicht. Seit Mitte der siebziger Jahre zeigt sich in Umfragen bei jüngeren Arbeitern individuelles Leistungsdenken und insofern ein gewisser Bruch mit traditionellen, eher kollektiven Wahrnehmungsweisen.

Schon 1950 lag das Niveau der staatlichen Sozialausgaben fast doppelt so hoch wie 1925, und die seither bis vor etwa zehn Jahren weiter wachsenden Sozialleistungen haben arbeitertypische Lebensrisiken, vor allen Dingen die proletarische Altersarmut, stark eingedämmt.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede, z. B. der Lohnunterschied Männer/Frauen, blieb aber relativ konstant und die Entproletarisierung des Arbeiterlebens ging nicht mit einem Rückzug der Frauen aus dem mitverdienenden Erwerbsleben einher. Vielmehr hat der Anteil, den die Frauen

zum Familieneinkommen der Arbeiterfamilien beisteuern, ebenso zugenommen wie die Tendenz der Arbeiterfrauen zu regelmäßiger Erwerbsarbeit neben Haus- und Familienarbeit.

Auf engstem Raum zu leben, in überfüllten Wohnungen mit funktional kaum spezialisierten Zimmern, im Mittelpunkt die Wohnküche, häufig mit Schlafburschen, ohne Privatheit, mit häufigem Ausweichen der Männer ins Wirtshaus – das war proletarisches Wohnen im Kaiserreich und meist auch noch in den zwanziger Jahren. Vielen bürgerlichen Beobachtern erschien dieses proletarische Wohnen als Ende jedes Familienlebens. Und einige Historiker haben rückblickend von einer halboffenen Familienstruktur gesprochen – im Unterschied zur bürgerlichen –, und diese halboffene Familienstruktur als Basis einer überindividuellen Solidarität ausgemacht. Wie kaum etwas anderes, muß die relative Großzügigkeit des bürgerlichen Wohnens, im Vergleich zur proletarischen Enge, den Arbeitern die herrschende Ungleichheit des Lebenszuschnitts vorgeführt haben. Diese Ungleichheit ist in der Bundesrepublik seit den fünfziger Jahren beträchtlich zurückgegangen, ohne sich ganz aufzulösen. 1968 wohnten immerhin achtundfünfzig Prozent der Arbeiter und achtundsechzig Prozent der Angestelltenhaushalte in Wohnungen mit vier und mehr Räumen. Der soziale Wohnungsbau hat diese proletarische Wohnweise besonders stark zurückgedrängt.

Mit den Besonderheiten der Arbeiterfamilie verschwand ein Kernstück der Arbeiterkultur. Die Trennung von Essen und Wohnen, von Küche und Wohnzimmer, ein bürgerliches Phänomen des neunzehnten Jahrhunderts, hat sich nun auch in den Arbeiterfamilien einigermaßen durchgesetzt, vor allem seit den fünfziger Jahren. An die Stelle proletarischer Formen traten bürgerlich-kleinbürgerliche Lebensformen, einschließlich der Privatheit mit ihren Chancen, Problemen und neuen Bruchstellen. Eine gewisse Verhäuslichung des Mannes innerhalb der Arbeiterschaft war die Folge, auch seine stärkere Beteiligung an der Erziehung der Kinder.

Mit dem Ausbau sozialstaatlicher Regelungen trat überdies die Familie als die Institution zurück, die in Notfällen einsprang. Die Erziehungspraktiken, die hart gewesen waren im neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert, wurden etwas weicher. Eheliche Partnerschaft, partnerschaftliche Ehen wurden in der Arbeiterfamilie oftmals durch objektive Umstände mehr

erzwungen als in bürgerlichen und gleichzeitig deutlicher als in anderen sozialen Klassen von der Rhetorik der Arbeiterbewegung gefördert.

Auch außerhalb der Familien bröckelte allmählich die Arbeiterkultur. Schon in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts begannen neue Formen der klassenübergreifenden Massenkultur zu greifen. Das Kino zunächst und der schichtenübergreifende Massentourismus – schon in der Weimarer Zeit und nicht erst im „Dritten Reich“. Später kam die von den Nazis organisierte klassenübergreifende Jugendkultur dazu. Häufig wurden nun Freizeitbeschäftigungen und Erlebnisse angeboten, die Klassengrenzen überwölbten und Klassen verschiedener Art einbezogen. Die proletarischen Vereine erlebten in der Weimarer Republik noch eine späte Blüte, von der NS-Diktatur wurden sie unterdrückt. Die Bombengeschwader der Alliierten zerstörten die Städte und mit ihnen viele proletarische Viertel. Die Flüchtlinge und Vertriebenen strömten am Ende des Krieges und nach dem Krieg nach Westen, eine Völkerwanderung sondergleichen schüttelte die deutsche Gesellschaft durcheinander. Nach dem Krieg zeigten Arbeiter und Arbeiterbewegung nur geringe Neigung zum Wiederaufbau der Arbeiterkultur, und auch der soziale Wohnungsbau führte nicht zur Wiederherstellung der alten proletarischen Quartiere. Erst recht gingen dann vom schnellen Wachstum der fünfziger Jahre antitraditionalistische Wirkungen aus.

Die Ausgrenzungskraft von Gesellschaft und Politik gegenüber den Arbeitern hatte stark nachgelassen, die repressiven Gesetze und Verordnungen des Kaiserreiches waren schon in der Revolution von 1918/19 zu Ende gegangen. Die Parlamentarisierung kam und mit ihr das demokratische Wahlrecht. Der Sozialstaat expandierte, vorübergehend kam die Arbeiterbewegung zur Macht, mit ihrem sozialdemokratischen Zweig, von dem sich die Kommunisten abspalteten. Aber in der Weimarer Zeit setzten sich die sozialen, politischen und mentalitätsmäßigen Ausgrenzungen und Diskriminierungen seitens des ja weitgehend sozialkonservativ eingestellten Bürgertums fort. Die Arbeiterbewegung blieb in der Weimarer Republik noch randständig, sie griff noch kaum über ihr herkömmliches Milieu und ihr herkömmliches Wählerpotential hinaus. Bis zur Weltwirtschaftskrise und zur nationalsozialistischen Machtergreifung überlebte die Arbeiterbewegung

im Kern, wenngleich sie durch die sozialdemokratisch-kommunistische Spaltung geschwächt wurde.

Die nationalsozialistische Diktatur brachte die Gleichschaltung der Arbeiterorganisationen, die mit der Arbeiterkultur eng verknüpft waren. Die Politik der Volksgemeinschaft war zwar größtenteils Propaganda, aber sie trug doch ein wenig zur realen Durchlöcherung der überkommenen Sozialbarrieren bei. Die nationalsozialistische Sozialpolitik brachte auch einige Fortschritte für die Arbeiter, und sie trug zur Abschleifung des herkömmlichen Arbeiter/Angestellten-Unterschiedes bei. Terror und Krieg, Flucht und Vertreibung wirkten ebenfalls klassenübergreifend, wenn auch nicht unterschiedslos. Insgesamt trugen Diktatur, Krieg und Zusammenbruch zur gewaltsamen Zerstörung der deutschen Gesellschaft und ihrer überkommenen Strukturen bei, d. h. aber auch, daß nach 1945 Klassenstrukturen weniger klar durchgeformt waren als vor 1933.

In der Bundesrepublik ist die soziale Ungleichheit immens, es gibt Herrschaft und Abhängigkeit, Macht und Ohnmacht, Randständigkeit ist verbreitet unter Arbeitslosen, Alten, Ausländern und Minderheiten, aber im Vergleich zum Kaiserreich und zur Weimarer Republik haben die sozialen Verkrustungen abgenommen. Die soziale Integration der Arbeiterschaft ist vorangeschritten, wobei neben Demokratisierung und Mitbestimmung, Tarifpartnerschaft und Sozialstaat auch der Ausbau des Bildungswesens seit den sechziger Jahren eine Rolle spielte. Die parlamentarische Parteien- und Gruppendemokratie bot effektive Mitwirkungsmöglichkeiten an, auch für Gewerkschaften und Sozialdemokratie, und diese haben die Geschichte der Bundesrepublik tatkräftig mitbestimmt. Die Randständigkeit von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung ging zu Ende, aber mit der herkömmlichen Ausgrenzung durch Gesellschaft und Staat entfiel eben nun auch der Anreiz und die Möglichkeit, sich in eine selbstgenügsame Arbeiterkultur zurückzuziehen. Es wurde unmöglich oder schwierig, als umfassende Klassenbewegung aufzutreten und radikale Fundamentalopposition zu praktizieren.

Ein letztes Bündel tiefgreifender Veränderungen der letzten fünfundsiebzig Jahre sei wenigstens angedeutet.

In Gewerbe und Industrie hat man Mitte des neunzehnten Jahrhunderts ca.

achtzig Stunden pro Woche gearbeitet, allerdings extensiv und sehr unregelmäßig, sonst wäre das gar nicht zu schaffen gewesen: mit sehr viel Pausen, Unterbrechungen und Unregelmäßigkeiten übers Jahr verteilt. Vor dem Ersten Weltkrieg arbeitete man fünfzig bis sechzig Stunden pro Woche, viel intensiver. Heute ist die mittlere Wochenarbeitszeit auf unter vierzig Stunden gesunken, die Arbeitsintensität und Arbeitsstetigkeit haben zugenommen, die Erwerbsarbeitszeit hat radikal abgenommen. Man nehme hinzu, daß die meisten das Existenzminimum in der Regel klar hinter sich gelassen haben, und daß damit die Lebensgestaltungsspielräume gewachsen sind, dann versteht man sehr gut, daß die Erwerbsarbeit und damit der Beruf und die Stellung im Beruf – also auch die Klassenlage – das Leben der Menschen heute viel weniger definieren als früher. Das gilt objektiv und im Selbstverständnis auch in der Lebenspraxis, es gilt für sehr viele Angestellte und auch für viele Arbeiter. Hier liegt wohl der tiefste Grund dafür, daß die klassische Klassenstruktur der Gesellschaft, die es ja weiterhin gibt, relativ zu anderen Ungleichheiten und relativ zu anderen Gemeinsamkeiten an Bedeutung und Strukturierungskraft verloren hat.

Die Ungleichheit bleibt trotzdem riesengroß, doch andere, nicht klassenmäßige Fronten treten nach vorn, die sich nicht klassengesellschaftlich verstehen und einordnen lassen: etwa die Front zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, die zwischen Einheimischen und Zuwanderern, zwischen Männern und Frauen. Das Ungleichheitsmuster hat sich differenziert, zerfasert. Man spricht von Individualisierung, die Unübersichtlichkeit ist nicht mehr neu. Objektive Lebenssituation oder Lebenslage einerseits und subjektive Lebensentscheidungen andererseits gehen häufiger auseinander, werden entkoppelt. Auch eine gewisse Entkoppelung zwischen sozialer Position und politischer Option scheint stattzufinden, die Wechselwähler nehmen zu.

Und neue Streitpunkte, Bedrückungen und Krisenerfahrungen sind in den Vordergrund getreten. Man denke an die ökologische Problematik, an die Drohung der Nuklearwaffen, an die Ungleichheit der Geschlechter, an drohende Massenzuwanderung, an die Chancen und Lasten einer zukünftig stärker multikulturellen Gesellschaft. Solche Probleme sind unbereinigt und schwierig, aber sie sind klassengesellschaftlich, klassenmäßig schlecht zu

interpretieren. Klassenpolitische Streitpunkte, Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fehlen natürlich nicht ganz, doch treten sie häufig hinter jenen neuen Problemen zurück.

Zweifelloos stellt sich um 1990 vieles ganz anders dar als am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Die Arbeitnehmerschaft hat sich zwar ausgedehnt, aber gleichzeitig radikal verändert, sie hat sich ausdifferenziert und an innerem Zusammenhang verloren. Die Armut – ursprünglich eine universale Grunderfahrung, die die Klassenbildung förderte – ist weitgehend überwunden in unserem Teil der Welt, in bezug auf die Arbeiterschaft. Mit der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Ausgrenzung von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung entfielen wichtige Antriebe, die zur Herausbildung einer klassenspezifischen Arbeiterkultur und zu einer fundamentaloppositionellen Arbeiterbewegung geführt hatten. Die Bedeutung der Erwerbsarbeit im Leben der vielen hat abgenommen. Die Klassenstruktur der Gesellschaft ist nicht verschwunden, aber sie ist verblaßt. Klassenkonflikte gibt es weiterhin, aber nichtklassenmäßige Ungleichheiten, Probleme und Fronten haben sie überholt.

III.

Es war nur konsequent, daß die SPD wichtige Schritte zur klassenübergreifenden Volkspartei zurückgelegt und dann auch im letzten Grundsatzprogramm den Arbeitsbegriff neu bestimmt hat: durch Unterscheidung zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Gemeinschaftsarbeit. Die Gewerkschaften müssen mit der fortschreitenden Schrumpfung des Arbeiteranteils zurechtkommen. Um so dringlicher wird es für sie, Zugang zu den Angestellten zu finden, was sie in sehr viel geringerem Maße gelöst haben als den Zugang zu den Arbeitern. Die Distanz zwischen Gewerkschaften und SPD hat sich vergrößert, sie wird und muß weiter zunehmen. Die Idee des Sozialismus ist u. a. durch die Geschichte des realen Staatssozialismus seit 1917 beschädigt. Einstmals hochfliegende Hoffnungen auf die nichtmarktwirtschaftliche Steuerbarkeit komplexer Gesellschaften sind verloren gegangen. Auch ist ja vieles von dem erreicht, wofür die Arbeiterbewegung seinerzeit gekämpft hat, ökonomisch, sozialpolitisch und kulturell, und die-

ser Erfolg hat zu ihrer weitgehenden Integration in das heutige Gesellschafts- und Verfassungssystem beigetragen.

So versteht man sehr gut, daß viele die Arbeiterbewegung nur noch als Teil der Vergangenheit sehen wollen. Doch kann man dem manches entgegenhalten und davor warnen, allzu schnell das Ende der Arbeiterbewegung zu konstatieren, zu beklagen oder zu feiern. Dazu abschließend drei Argumente.

Erstens: Manche heutige Schwierigkeit ist so neu nicht. So wird heute oft betont, daß die SPD und auch die Gewerkschaften sehr unterschiedliche Gruppen zugleich ansprechen und mit Hilfe von „Spagaten“ gewinnen müssen. Daß sie also kollektive Handlungsfähigkeit trotz zunehmender Heterogenität der Basis ermöglichen müssen. Das ist richtig, aber man sollte bedenken, daß auch im neunzehnten Jahrhundert die Basis der Sozialdemokratie keineswegs homogen war. Man muß sich die großen Unterschiede zwischen damaligen Handwerksgesellen, Heimarbeitern und Fabrikarbeitern einmal klar machen. Und auch damals bestanden riesige Unterschiede zwischen jungen und älteren, männlichen und weiblichen Arbeitern. Auch damals war das Proletariat weit davon entfernt, eine homogene Masse zu sein.

Ein Stück weit griff die SPD ja auch früher schon über das proletarische Milieu hinaus. Sie gewann Unterstützung bei einigen kleinen Selbständigen wie August Bebel, bei Intellektuellen wie Wilhelm Liebknecht, Karl Liebknecht und anderen, bei Lehrern, schließlich auch bei einer kleinen, aber zunehmenden Minderheit von Angestellten. Auch früher gehörte mithin das Generalisieren von Zielen, also das Bauen von Koalitionen, zu erfolgreicher sozialdemokratischer Politik dazu. Solidarität und Konsens mußten immer bewußt und kunstvoll hergestellt werden, sie sind nie einfach aus der Lebenswelt hervorgewachsen.

Zweitens: Trotz aller Tendenzen zur Umstrukturierung und trotz aller Tendenzen zur Individualisierung der sozialen Ungleichheit bleibt doch der Interessens- und Erfahrungsgegensatz zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein zentraler Gegensatz in unserer Gesellschaft. Die Lohnarbeit hat sich verändert, aber sie bleibt abhängig und fremdbestimmt. Ihre Dauer hat abgenommen, aber ihre Intensität

wuchs. Körperliche Arbeit – und die meisten Lohnarbeiter leisten körperliche Arbeit – bleibt anstrengend, abnutzend und belastend. Unfallgefahren, Schmutz, Kälte, Nässe, Hitze, verunreinigte Luft und Lärm betreffen Arbeiter mehr als andere. Dreißig Prozent der Arbeiter, aber nur dreizehn Prozent der Angestellten und nur acht Prozent der Beamten sagten bei einer Repräsentativumfrage 1978, daß sie lieber aus gesundheitlichen Gründen ihre Tätigkeit wechseln würden, wenn sie die Wahl hätten. Frühinvalidität ist unter Arbeitern sehr viel verbreiteter als unter Angestellten, Beamten und Selbständigen. Trotz aller Einkommensverbesserungen gehören auch heute die meisten Arbeiter nicht zu den Wohlhabenden. Mitte der achtziger Jahre konnte der durchschnittliche Selbständigenhaushalt monatlich fast neuntausend Mark ausgeben, der durchschnittliche Angestelltenhaushalt fast dreitausendsechshundert Mark (alles in der alten Bundesrepublik), der durchschnittliche Arbeiterhaushalt aber nur zweitausendneuhundert Mark. Arbeitslosigkeit trifft die Arbeiter und unteren Angestellten mehr als Beamte und bessergestellte Schichten.

Und trotz aller Veränderungen blieb auch soziale Ausgrenzung erhalten. In Rotary-Clubs finden sich Arbeiter selten, ärmere Stadtteile sind ökologischen Belastungen oft stärker ausgesetzt als das bürgerliche Westend. Die Chance von Arbeitern und Arbeiterkindern, in kleinbürgerlich-bürgerliche Milieus aufzusteigen oder einzuheiraten, hat seit zwei Jahrzehnten deutlich zugenommen, aber weiterhin herrscht die Vererbung des Arbeiterstatus vor. Auch heute werden zwei von drei Arbeitersöhnen wiederum Arbeiter. Es gibt eben trotz aller Individualisierung auch weiterhin strukturierte Ungleichheit zwischen Schichten und Klassen, zwischen oben und unten. Nur im Ausnahmefall rangieren Arbeiter oben. Solange das so ist, hat trotz aller Veränderungen sozialdemokratische und gewerkschaftliche Politik einen kräftigen, lohnenden Ansatzpunkt.

Drittens und letztens: Man kann das Wesen der klassischen Arbeiterbewegung auch etwas abstrakter formulieren, als das am Anfang dieses Beitrages geschah. Man kann auf die Grundprinzipien zurückgehen. Dann erscheint die klassische Arbeiterbewegung als eine Kraft, die für Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie, für Menschen- und Bürgerrechte besonders konsequent eingetreten ist, mit einem ausgeprägten Sinn für die Be-

nachteiligten und die Schwächeren und mit Sinn für Solidarität über Berufsgrenzen hinweg; als eine Bewegung, die sich für die Abschwächung der sozialen Ungleichheit einsetzte, aber gleichzeitig wußte, wie sehr auch ihre eigenen Erfolge von der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft abhing. Sie wußte, daß es gesellschaftliche Aufgaben gibt, die individuell und mit Marktmechanismen allein nicht zu schaffen sind, sondern koordinierter, gemeinsamer, kollektiver Anstrengungen bedürfen. So gesehen war die Arbeiterbewegung eine Fortsetzung der Aufklärung mit anderen Mitteln, eine Kraft, die auf vernünftige gemeinsame Gestaltung des historischen Wandels zielte, so sehr diesem Ziel auch prinzipielle Grenzen gesetzt sein mögen.

Wenn man sie so interpretiert, ist die Arbeiterbewegung alles andere als obsolet und hoffentlich nicht zu Ende. Denn die Menge der Aufgaben, die nur solidarisch und koordiniert erledigt werden können, die Menge dieser Aufgaben wird künftig zweifellos zunehmen. Wenn sich Politiker und Bürger bewußt in solchen Traditionen sehen, kann ihnen das nützen. So sehr sich die konkreten Probleme, vor deren Lösung wir stehen, von den konkreten Problemen der klassischen Arbeiterbewegung unterscheiden, die Tradition der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung kann dennoch eine wichtige Ressource sein.

Sozialdemokratische Utopie

Dr. Peter Glotz, MdB

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde,

nichts habe ich lieber als einen Moderator, der ein Buch von mir lobt und ich stehe nicht an, Ihnen zu sagen, er lobt es zurecht. Ich sollte noch sagen „Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart“, immer noch im Buchhandel zu haben. Aber eigentlich war ich nicht gekommen, um meine Bücher anzupreisen, sondern um zu sagen, daß die Linke in Europa und nicht nur die deutsche Sozialdemokratie vor einem dreifachen Schock steht, der verarbeitet sein will.

Das ist erstens das, was ich die Zerstörung des Fortschrittsbegriffs der Arbeiterbewegung durch die Erkenntnis nenne, daß wir mit dem Fortschritt seit Descartes, insbesondere aber seit Beginn der Industrialisierung im frühen 19. Jahrhundert, die Grundlagen unserer Existenz, die Natur, in einer Weise zerstören, die u. U. nachfolgenden Generationen eine mit uns vergleichbare Existenz nicht erlaubt. Dies hat ja nicht nur die Folge, daß die Strophe „Mit uns zieht die neue Zeit“, die mindestens unsere Väter noch bewußt gesungen haben, und die wir immer noch mitsingen, wenn am Schluß von Parteitag dieses Lied angestimmt wird, nicht mehr stimmt. Den Glauben, den die Nürnberger Arbeiter hatten zu Grillenbergers Zeiten, den hat ja heute niemand mehr. Und den kann auch keiner haben. Man muß nicht den schwarzen Pessimismus Theodor W. Adornos und Max Horkheimers haben, die in ihrem berühmten 1948 in Amsterdam veröffentlichten Buch „Dialektik der Aufklärung“ die Verstrickung der Aufklärung in Brutalität und in Selbstzerstörung darzustellen versucht haben. Aber daß hier ein Kompaß verlorengegangen ist, da kann überhaupt gar kein Zweifel sein.

Der zweite Schock stammt aus dem Jahr 1989. Das ist die mitteleuropäische Revolution, die grundstürzende, von uns noch gar nicht begriffene Verwandlung eines bipolaren Weltsystems – Sowjetunion und Vereinigte Staaten als Supermächte, die den Deckel auf dem Kasten hielten – in ein multipolares System. Die Sowjetunion ist als Supermacht, Weltmacht ver-

schwunden, es gibt nur noch eine Weltmacht, und die wird ungeheuer – was noch verdeckt wird durch den Golfkrieg – beschäftigt sein mit ihren eigenen Problemen. In den Vereinigten Staaten gibt es 35 Millionen Menschen, die keine Gesundheitsvorsorge haben, 10 Millionen Obdachlose, die USA sind eine der größten Schuldner. Die Welt derzeit, d. h. die führende Nation des Westens ist mit tiefsten inneren Problemen konfrontiert. Dies bedeutet den Spielraum für kleine Kriege, Aggressionen, Bürgerkriege: das klassische Beispiel ist Jugoslawien. Und schauen Sie sich die Haltung der beiden früheren Supermächte an. Die Vereinigten Staaten sind ganz vorsichtig, sagen, laßt die EG machen, erfolgreich oder nicht erfolgreich, wir denken nicht daran, uns in diese Probleme einzumischen, und die Sowjetunion sagt absolut das gleiche. Und bedenken Sie – ich will darauf noch zurückkommen – diese Probleme, die dort aufbrechen – der neue Nationalismus, der ein alter Nationalismus ist, die Mischung von ethnischen und sozialen Konflikten, der gegenseitige Haß von Völkern – dies alles ist nicht nur das Problem zwischen Kroaten und Serben oder Serben und Albanern – der berühmte englische Journalist Neil Asherson hat 46 solcher Konflikte in Mittel- und Osteuropa kürzlich gezählt und ich mache Ihnen die Prognose, daß der nächste derartige Konflikt, der allerdings anders ausgetragen wird, nicht mit Armeen, die Loslösung der Slowakei von der Tschechoslowakei sein wird. Dies hat tiefgehende Folgen für unsere Politik. Machen wir uns klar, Deutschland ist jetzt nach der Wiedervereinigung der stärkste Nationalstaat Europas: an Bevölkerungszahl, an Wirtschaftskraft, er hat gleichzeitig die Hypothek der Vergangenheit, die wir alle kennen. Daß dies unseren außenpolitischen Kompaß ins Trudeln gebracht hat, kann man jeden Tag bemerken, wenn beispielsweise in einer großen Partei wie der Sozialdemokratie völlig unterschiedliche Positionen – ich nenne mal ein paar praktische Beispiele: Anerkennung Kroatiens ja oder nein, Golfkrieg – geäußert werden und die klare Linie, die es über zwei Jahrzehnte gab, beschreibbar etwa mit dem Begriff Ostpolitik, plötzlich verschwunden scheint.

Und dann nenne ich drittens den unwichtigsten, den kleinsten Schock, aber auch eine Verunsicherung, nämlich die Tatsache, daß durch den Zusammenbruch der planwirtschaftlichen Systeme in Osteuropa ein Sieg des Kapitalismus propagandistisch im Westen erzählt, dargestellt wird und ein Teil

der Linken die eigene Orientierung verloren hat. Wenige Linke in Europa haben wirklich an diese Art von realem Sozialismus geglaubt, aber eine geheime Hoffnung, daß das, was im eigenen Land nicht funktioniert, irgendwo fern unter anderen Bedingungen doch funktionieren könnte, hat in manchen Herzen von Linken geglimmt. Und obwohl sich die Sozialdemokratie, die deutsche, 1903 auf dem berühmten Revisionismusparteitag und die internationale und europäische jedenfalls 1917/18 von der anderen Seite der Arbeiterbewegung, vom Kommunismus getrennt hat und seitdem eigentlich klar sein muß, daß wir ein anderes Konzept verfolgen, als Lenin es verfolgt hat, ist die Verunsicherung, die psychologische Verunsicherung erheblich. Man schaue nach Osteuropa, wo von Balzerowicz bis Vaclav Klaus Leute Politik machen, die mit ganz großer Offenheit sagen: „Unser Ideal ist Margret Thatcher“. Oder von Hajek, ein neoliberaler Wirtschaftstheoretiker mit radikalliberalen, ich würde sagen paläoliberalen Positionen. Und aus den Ländern, die bisher realsozialistisch waren, kommt nun diese Art von Liberalismus uns entgegen. Daß dies nicht nur die feinen kleinen Stamokap-Fraktionen in SPD, Gewerkschaften und sonstwo in der kulturellen Landschaft verunsichert, sondern daß das Fragen sind an die ökonomischen Leitbilder, da sollte sich niemand in die Tasche fügen.

Angesichts dieser drei Schocks sage ich: Eine politische Bewegung, die sich einbilden würde, ohne Leitbegriffe, ohne Theorien mittlerer Reichweite und emotional ohne Hoffnung Politik machen zu können, muß scheitern. Der Denkansatz: Eigentlich haben wir eine ziemlich ideale Gesellschaft, bei uns gehts weit besser als in Nicaragua, in Ungarn, von Schwarzafrika nicht zu reden, deswegen wollen wir ein bißchen graduell verbessern an der Sozialversicherung oder wo auch immer, aber im Grunde sind wir mit dieser Gesellschaft zufrieden, würde meiner Meinung nach erstens dem Leid einer Zweidrittel-Gesellschaft, zu der wir uns entwickeln, nicht gerecht, würde aber zweitens vor allem nicht tausende und zehntausende Menschen zum Laufen bringen, was in der politischen Bewegung ja wohl notwendig ist. Ich glaube also, daß es Sinn macht, von Utopien der europäischen Linken zu sprechen, wobei man sich lange darüber streiten kann, was Utopien sind und es natürlich unsinnige Formen von Utopie gibt. Zum Beispiel, wenn man sich an ein Zukunftsbild fern am Horizont festbindet und darüber die

täglichen Probleme nicht mehr sieht. Wenn man die Existenz lebender Menschen verkauft für ein Zukunftsbild, das am grünen Tisch entwickelt worden ist, wie das der Marxismus-Leninismus gemacht hat, dann ist diese Utopie schädlich. Aber die Diskussion des Utopiebegriffs überlasse ich unserer Diskussion.

Ich möchte, nachdem ich die Ausgangslage analysiert habe, zum Thema sozialdemokratische Utopien vier Thesen aufstellen, an vier Beispielen erläutern, was das sein kann und dann versuchen, ein paar Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Ich beginne mit der sozialdemokratischen Utopie eines supranationalen Europa, eines allmählichen Verschwindens der Nationalstaaten in einem europäischen Bundesstaat, die Utopie einer Überwindung dessen, was der große konservative Sozialphilosoph Thomas Hobbes die „Staatskerle“ genannt hat, die ihre Kräfte aneinander messen, als Individualitäten, die miteinander Ringkämpfe veranstalten. Ich habe jetzt nicht die Zeit, den Irrweg des Nationalstaats, von dem Professor Kreckel schon gesprochen hat, darzustellen, eine Idee des späten 18. Jahrhunderts, entstanden um die französische Revolution, die das 19. Jahrhundert beherrscht hat. Aber ich mache die Deutschen aufmerksam: Wir sind jetzt der stärkste Nationalstaat Europas, wir haben Europa zweimal in schreckliche Kriege gestürzt und mit einer falschen Politik die Machtbalance Europas gestört. Keiner soll sich bitte einbilden, daß sich die politischen Klassen in Frankreich, in England, den Niederlanden, Polens oder wo immer nicht daran erinnern. Ich will das an einem einzigen Beispiel sagen: das Drängen der Deutschen in der jugoslawischen Krise jetzt, Kroatien anzuerkennen, gegen Frankreich, gegen England, gegen die Niederlande, gegen andere westliche Staaten – ein Vorschlag übrigens, den ich nicht für erfolgreich halte: die Anerkennung ruft morgen die Forderung nach Intervention hervor, nur dann macht sie Sinn, 200.000 Mann, sagt mir ein guter Freund, der lange Jahre amerikanischer Botschafter in Belgrad war, müsse uns General Schwarzkopf ausleihen – die Vorstellung, daß Deutsche, die einen faschistischen Staat in Kroatien unterstützt haben in den vierziger Jahren, in Jugoslawien intervenieren könnten, ist absurd. Aber ich will das nicht im einzelnen diskutieren. Das war eine Unsicherheitsphase der deutschen Politik, ausgelöst von einer un-

glaublichen Publizistik, die die Geschichte von kroatischen Engeln und serbischen Teufeln erzählt; bei nationalistischen Konflikten gibt es nie „Engel“ und „Teufel“. Engel und Teufel sind immer auf beiden Seiten. Also, was ich erstens sage, ist: Ich hoffe, daß die deutsche Politik daran festhält, daß Deutschland als größter Nationalstaat Europas integriert wird in eine supranationale Struktur, und dazu gibt es ja sehr praktische Vorschläge, erster Schritt Binnenmarkt, praktisch abgeschlossen, zweiter Schritt Währungsunion, dritter Schritt politische Union, dazu gibt es zwei wichtige Konferenzen in Maastricht in diesem Herbst.

Nur, werden wir dieser Utopie wirklich folgen? Bleibt es auch unsere sozialdemokratische Utopie? Ich weise noch einmal auf das hin, was in Ost- oder Mitteleuropa passiert.

Meine Damen und Herren, auf die durch den Marxismus-Leninismus wie in einem Eisschrank eingefrorenen Mittelschichten Osteuropas, die jetzt wieder auftauen und politisch genau dort anfangen, wo der Kommunismus begonnen hat. Es bricht wieder auf Versailles, Trianon, die Verträge von 1918, die Ungarn erinnern daran, daß ihr Land damals praktisch halbiert worden ist, die Slowaken erinnern, daß sie in einen tschechoslowakischen Staatsverbund gedrängt wurden, die Balten, die Siebenbürger, die Deutschen und Ungarn in Rumänien usw. usw. usw.

Angesichts dieser Entwicklung, die von den Konservativen unter dem Stichwort Freiheitsphilosophie, unter dem Stichwort Selbstbestimmungsrecht der Völker gefeiert wird, wird gegenüber dieser Philosophie die Linke an der Grunderkenntnis der Aufklärung festhalten, an der Grunderkenntnis Immanuel Kants in seiner berühmten Schrift „Der ewige Friede“, daß es universelle, weltweit geltende Gültigkeitsansprüche gibt? Und daß man nicht in einem kaputten Relativismus und Historismus alles verstehen, auf alles eingehen darf?

Ich bestreite nicht das Recht einzelner Völker, über sich selbst zu bestimmen, wenn ich auch all diesen Völkern sagen würde: bedenkt bitte, ob eure nationale Selbständigkeit auch wirtschaftlich realisierbar ist. Also wenn ich sehe, daß jeder baltische Staat eine eigene Währung einführt und wenn ich sehe, wie in Jugoslawien viele Leute sagen, es sei ihnen völlig egal, ob die Arbeiterschaft 40 Prozent weniger zu essen hat, ob Kinder hun-

gern, „Hauptsache selbständig“, dann hatte ich das allerdings für eine Position, die ich als gemessen an sozialdemokratischen Utopien nicht mehr verantworten will und mit der ich mich nicht identifiziere und die ich auch nicht noch öffentlich verstehen möchte. Da werden Menschen zugrunde gerichtet. Die Frage wird sein, ob wir uns an unsere eigene, internationalistische Tradition dabei erinnern als Linke oder ob wir modisch sein wollen. D. h. ich glaube, wir haben hier eine sehr klare Kategorie „Sozialdemokratische Utopie“, ein Thermometer, das wir ins Wasser stecken können, mit dem man messen kann, wie warm das Wasser oder wie kalt das Wasser ist, z. B. bei der Ablehnung von Nationalismus, im Eintreten für übernationale, für eine intelligente Kombination regionalistischer und übernationaler Strukturen. Ich bin neugierig, ob es uns gelingt, hier eine klare Position zu beziehen oder ob wir modisch versinken in dieser neuen Bewegung und ob dieselben Leute, die gestern immer mit Hermann Axen über die Straßen von Bonn gestrudelt sind, jetzt als große Verfechter der kroatischen Selbständigkeit auftreten. Das habe ich in der Linken auch schon erlebt.

Zweitens: die Antwort auf die Zerstörung von Natur und die Zerstörung menschlicher Lebenswelten ist die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft, die Veränderung der Rohstoffbasis dieser Industriegesellschaft, das Setzen auf Messen und Regeln, auf regenerierbare Energie, auf Energiesparen.

Die Sozialdemokratie war international 1973, als der Madows-Bericht erschien, überhaupt nicht vorbereitet. Sie hat heute International die ausgefeilteste, die differenzierteste ökologische Programmatik, und zwar im Sinne einer ökologischen Vorsorge und nicht einer Nachsorge, also nicht beim Aufbauen großer apparativer Nachsorgeeinrichtungen, sondern einer Veränderung des ökonomischen Systems. Am deutlichsten wird das bei der Diskussion um Recycling, bei der Diskussion, wie man Steuersysteme erfinden kann, bei denen von vornherein auf Energiesparen gesetzt wird oder Energieverschwendung bestraft wird, wo also in den ökonomischen Kreislauf sinnvoll und an der richtigen Stelle eingegriffen wird. Wo der Staat Auflagen macht, die dann von der Wirtschaft marktwirtschaftlich abgearbeitet werden können.

Es gibt zwei Gegenbilder zu dieser sozialdemokratischen Utopie. Das ist

der Ellenbogenoptimismus eines bestimmten Teiles der Industrie, keineswegs der ganzen, und das ist auf der anderen Seite ein echatologischer Ökologismus, wie ihn Wendezeitideologen wie Friedjoff Capra oder Maren Griesbach von den Grünen vertreten mit der These, man dürfe nicht eingreifen in Naturzusammenhänge, man müsse sich Naturzusammenhängen unterordnen, was niemals funktionieren wird und niemals funktionieren kann. Wir werden weiterhin in Naturzusammenhänge eingreifen müssen, wenn die Industriegesellschaft weitergehen soll, aber man wird es gezielt, filigran tun müssen und nicht so plump wie über viele Jahrzehnte.

Hier ist eine große Chance für eine nach zwei Seiten schlagende Linke, die sich sowohl mit diesem Ökologismus auseinandersetzt, der als eine Art Ersatz für den Marxismus, eine Ersatzweltanschauung, ganzheitliche Weltanschauung funktioniert auf der einen Seite und auf der anderen Seite einer Perspektive, als ob man weiterfahren könne, wie bisher und kaum etwas ändern müsse. Beide durchaus mächtig in unserer Gesellschaft, die zweite mächtiger als die erste.

Drittens: der ökonomische Bereich. Die Frage ist, was soll eigentlich sein? Hier geht es um die Entwicklung einer sozialdemokratischen Utopie im Bereich der Wirtschaftspolitik, d. h. einer Vorstellung, wie diese Industriegesellschaft, die sich zu einer Informationsgesellschaft verwandelt, in der Zukunft aussehen soll. Beispielsweise: Welche Produktionskonzepte werden in einer solchen modernen Gesellschaft verwirklicht?

Was wir nicht wollen, meine Damen und Herren, haben wir ja ziemlich genau definiert. Wir wollen nicht die gängige Chemiepolitik, wir wollen nicht große Investitionen in die Raumfahrt, wir wollen keine Kernenergie. Wir haben eine lange Latte von Entwicklungen dargestellt, die wir ablehnen, aus denen wir aussteigen wollen, die wir nicht akzeptieren. Nur, was umgekehrt wollen wir? Wo soll diese Wirtschaft noch wachsen, wo soll sie nicht wachsen, wie verändern wir einen quantitativen Fortschrittsbegriff in einen qualitativen und entwickeln dabei konkrete Utopien, konkrete Zukunftsvorstellungen? Sind wir einverstanden, daß ein modernes Kommunikationssystem angebunden an ISDN, auf der Basis von ISDN eingerichtet wird oder treten wir dagegen ein? Wie wird die Arbeitsplatzstruktur der Zukunft sein? Hier sind gerade in Nürnberg Zukunftskonzepte entwickelt worden, die sich

noch keineswegs auf breiter Front durchgesetzt haben. Ich erinnere an die Idee, nicht Sozialpläne, sondern Beschäftigungspläne zu machen, die die Nürnberger IG Metall unter Federführung des Kollegen Lobodda entwickelt hat, Ideen, die ich für sehr vernünftig halte, die aber in der Breite sich noch keineswegs durchgesetzt haben. Betrachten wir diejenigen, die neue Vorschläge machen, für neue Produkte, die wir verwirklichen müssen, weil alte Produkte weggehen, nicht mehr verkauft werden können, nicht mehr akzeptiert werden, betrachten wir das eigentlich als eine Aufgabe des Managements und die Innovateure als Agenten des Kapitals oder sind wir bereit, dabei selbst mitzuwirken? Beschränken wir uns – ich rede jetzt von der Linken und der Sozialdemokratie – auf die Rolle des Betriebsrates und auf die Diskussion „ja aber“ oder „wenn nicht, dann nein“ – diese berühmte Debatte, die wir vor 4, 5 Jahren gehabt haben? Oder wollen wir selbst Vorstand werden? Also uns selbst darum kümmern, welche Produktionskonzepte verwirklicht werden, selbst dazu Ideen entwickeln, auch wenn wir etwa im Betrieb sicherlich unzureichende Mitbestimmungsmöglichkeiten haben?

Hier liegt – wie ich glaube – eine wirkliche Schwäche der europäischen Linken, insbesondere der Sozialdemokratie. Sie hängt zusammen mit dem dritten Schock, den ich vorhin erläutert habe. Ich sage, wenn sich die Linke nicht ein positives Verhältnis zum unternehmenden Unternehmer – nicht zu dem, der sein Geld an der Tokioer oder Frankfurter Börse vermehrt, sondern zu dem, der wirklich noch etwas unternimmt – entwickelt, werden wir die ökonomische Entwicklung in unseren Gesellschaften nicht begreifen. Wir werden es auch nicht schaffen, die Minderheit an disponierender Intelligenz und technischer Intelligenz für uns zu gewinnen, die man braucht, um eine solche Gesellschaft regieren zu können. Wir werden dann nie eine Mehrheit gewinnen in diesen Kreisen. Aber eine bestimmte Minderheit braucht man, sonst hat man nicht die Chance, eine solche Gesellschaft, die sehr kompliziert zu regieren und zu bestimmen ist, wirklich zu beeinflussen.

Und hier liegt mindestens ein tiefgehendes *psychologisches* Erschauern. Der große Ökonom Josef Schumpeter hat von der schöpferischen Zerstörung gesprochen, die der unternehmende Unternehmer sozusagen täglich anrichtet, indem er neue Ideen, neue Produkte entwickelt und damit alte

Strukturen zerstört, indem er auch alte Arbeitsplätze zerstört und neue schafft; manchmal zerstört er mehr alte als er neue schafft. Gehen wir an diesen Prozeß nur passiv und ängstlich heran, sozusagen in der Betriebsratsrolle, die ja ungeheuer wichtig ist als sozialer Schutz für die sozial Schwächeren und für die Arbeitnehmer, aber die nicht ausreicht für einen, der das Geschick dieser Gesellschaft wirklich bestimmen will? Hier wäre eine Utopie notwendig, die sich konkrete Vorstellungen macht, wie die Informationsgesellschaft und Dienstleistungsgesellschaft, ich spreche von einer Theorie mittlerer Reichweite des Jahres 2002 oder 2005 oder 2008, aussehen kann.

Damit bin ich bei der vierten sozialdemokratischen Utopie. Man könnte sie – obwohl das nicht mehrheitsfähig ist – die „Multikulturelle Gesellschaft“ nennen. Man könnte diese nennen, eine Gesellschaft, die gelernt hat, mit Fremden zu leben und umzugehen und die gelernt hat, Fremde in den eigenen Konsens Schritt für Schritt einzubeziehen, die also den Konsens nicht herleitet aus Rasse, aus Geschichte – die jemand, der neu kommt, nicht mitgemacht haben kann –, aus Sprache, sondern herleitet aus einem Diskurs, aus einer Diskussion mit dem Ergebnis eines Verfassungspatriotismus, zu dem sich dann auch einer bekennen kann, der von außen kommt. Die amerikanische Demokratie hat uns vorgemacht, wie so etwas möglich ist, zeigt uns allerdings auch die Spannungen und tiefgehenden Probleme, die eine solche Utopie auslöst.

Ich behaupte, eine der wesentlichsten Errungenschaften der europäischen Aufklärung und der auf ihr aufbauenden Entwicklung ist die Erkenntnis, daß Menschen mit unterschiedlicher Sprache, unterschiedlicher Vergangenheit, unterschiedlicher Geschichte auf einem Stück Erde friedlich zusammen leben müssen und daß – wenn sie es nicht können – Mord und Totschlag passiert. Daß dies wieder eher verlernt als gelernt wird in den letzten drei Jahren ist die tiefgehendste Verunsicherung, die uns Nacht für Nacht schlaflos machen sollte. Diese wachsende Bereitschaft zum Haß – und ich spreche jetzt sowohl von Hoyerswerda und dem Angriff auf Ausländerkinder in Deutschland wie – ich von den militanten Auseinandersetzungen in weiten Teilen Europas, einer Völkermischzone, wo die andere Utopie, die Schachbrettutopie – das eine Volk lebt auf dem weißen Feld, das andere

wohnt auf dem schwarzen Feld, niemand darf von dem weißen auf das schwarze Feld und niemand von dem schwarzen auf das weiße – nie funktionieren kann. Ost- und Mitteleuropa ist als Schachbrett nicht organisierbar, von niemandem, es sei denn, mit brutalem Völkermord, Vertreibungen und Aktionen, wie sie als letzter Adolf Hitler und gleichzeitig etwa in der Sowjetunion Stalin versucht hat, mit Deportationen und all den Brutalitäten. Ich glaube, daß jeder von uns sich klar machen muß, daß es nur die Alternative gibt, Fremde zu akzeptieren in einem sicheren, geregelten, gesteuerten und einigermaßen verdaubaren Ausmaß – ich will gleich zur Praxis noch etwas sagen – oder aber sozusagen die Bundeswehr, die man demnächst nicht mehr braucht, um den Warschauer Pakt zu bekämpfen, weil der hat sich aufgelöst, an die Grenzen zu stellen. Was dann eine Militarisierung der Grenzen bedeutet, die zu einer Militarisierung der Gesellschaft im Inneren führen wird.

Es gibt Unterschiede zwischen diesen vier Utopien, meine Damen und Herren.

Die vierte wird von der Linken ziemlich tapfer und im übrigen auch mit erheblichen Nachteilen bei der eigenen Wählerschaft vorgebetet, was ja nicht für all diese Utopien gilt. Die Frage ist, ob wir diesen Leitbegriffen wirklich gerecht werden. Ich sage offen, daß ich derzeit den Eindruck habe, daß sich eine große Partei an den Fetisch bindet, man muß nur das Grundgesetz ändern und schon sind die Probleme gelöst und viele Praktiker können nachweisen, daß damit die Probleme nicht gelöst sind, und sich eine andere große Partei an die Vorstellung bindet, „das Grundgesetz ändern unter gar keinen Umständen“, wir können denselben Effekt auch anders erreichen, dann aber nicht genau genug sagt, wie man diesen Effekt eigentlich erreichen will und daß dadurch eine Diskussion entsteht – dazu kommt noch, daß Asylbewerber, Aussiedler, ausländische Arbeiter häufig in einen Topf geworfen werden mit unterschiedlichen Problemen – eine unpräzise Diskussion, eine populistisch sehr wirksame Diskussion. Aber wenn die großen Parteien diese Diskussion nicht präzisieren, fürchte ich, werden die Schönhubers oder die Nachfolger der Schönhubers Erfolge feiern. Und ich hoffe, daß das in Deutschland verhindert oder eingegrenzt werden kann.

Meine Damen und Herren, das sind vier Beispiele für Utopien, für Theorien

mittlerer Reichweite, für Leitbegriffe. Und nun will ich noch einige wenige Sätze formulieren zu bestimmten philosophischen Grundlagen.

Es mag ja sein, daß jetzt der eine oder andere sagt: Hängt die Entwicklung solcher Utopien wirklich mit einer philosophischen Desorientierung zusammen oder ist das nun wieder die Kopfgeburt eines Intellektuellen? Ich glaube, es hängt mit einer philosophischen Desorientierung zusammen, daß wir die Utopiefähigkeit vielleicht nicht verloren haben, aber, daß sie doch schwächer geworden ist. All diese Utopien gehen aus von der Vorstellung eines autonomen Subjekts, einer Vorstellung, die sich in der europäischen Aufklärung entwickelt hat. Und gegen dieses autonome Subjekt wird philosophisch seit Jahrzehnten ein Prozeß nach dem anderen gemacht. Der klassische Marxismus-Leninismus, der ökonomische Mechanismen und Strukturen gegen das Individuum ins Feld geführt hat – nicht der Mensch kann etwas ändern, es ist ein Problem der Strukturen – ist ein solcher Prozeß gewesen gegen das autonome Individuum. Das große Buch „Wahnsinn und Gesellschaft“ des französischen Philosophen Michele Foucault, der nachgewiesen hat oder nachweisen wollte, daß das Mittelalter mit seinen Kranken und Wahnsinnigen weit humaner umgegangen ist als die Nachaufklärung, ist ein solcher Prozeß und auch ein Teil der modernen Psychoanalyse – ich nenne als Beispiel den französischen Psychoanalytiker Lacan – haben dem autonomen Subjekt den Prozeß gemacht, haben klar gemacht, wie wenig autonom dieses Subjekt sei. Das Ergebnis ist in der Tat eine Desorientierung in der Linken, denn eine Linke als notwendig aktivistische Bewegung, die die Gesellschaft verändern will, wird mutlos gemacht und kraftlos, wenn ihr die Geschichte als ewiger Kreislauf des immer Gleichen dargestellt wird. Warum soll man sich dann quälen? Und wenn ich die Philosophie der Postmoderne, wie das so schön heißt, analysiere, gleichgültig ob von rechts her, Martin Heidegger und Friedrich Nietzsche, oder von „links“ her, wenn ich an bestimmte Tendenzen im Geistesleben Frankreichs denke, dann ist das Grundproblem der Lähmung der Linken dieser Prozeß gegen das autonome Individuum. Jeder von uns weiß, wie richtig es ist, daß große Köpfe von Marx bis Freud die Begrenztheit der menschlichen Autonomie gegenüber frühauflärerischen Utopien dargestellt haben. Eine Selbstkritik des Menschen war nötig! Aber klarmachen müssen wir uns

schon, wie tief wir in den Sumpf des Relativismus und Historismus absinken, wenn wir von der Grundhypothese des autonomen Individuums abgehen. Und all die Theorien mittlerer Reichweite, die ich darzustellen versucht habe, sinken in sich zusammen, verlieren ihre Bedeutung für unser Leben, wenn wir diese philosophische Desorientierung, die in den letzten Jahrzehnten stärker und stärker geworden ist, nicht überwinden. Ich denke, das muß sich auch eine Sozialdemokratie klarmachen, die sich manchmal an Grundwerten festhalten möchte und sich dann nur ganz selten wundert, warum Richard von Weizsäcker in das Grundsatzprogramm der CDU die gleichen Grundwerte hineingeschrieben hat wie Erhard Eppler in das Grundsatzprogramm der SPD. Woraus folgt, daß allein mit einem Grundwertehimmel in Pastellfarben diese Probleme, die ich darzustellen versucht habe, nicht zu lösen sind.

Ich schließe ab. Wir sind in einer Situation, in der die Gefahr besteht, daß sich die Linke anpaßt. Thatcher und Reagan, der Neokonservatismus und jetzt der Zusammenbruch des Ostblocks: Ich weiß nicht, warum ich mich entmutigen lassen soll, weil der Ostblock zusammengebrochen ist, seit 70 Jahren hat die demokratische Linke des Westens eine andere politische Linie eingeschlagen als der Ostblock. Aber ein Tatbestand ist, daß ich Wochen im Jahr durch die Tschechoslowakei fahre und den Versuch mache, zu helfen, daß eine linke Partei dort entsteht. Und das Ergebnis ist eine Sozialdemokratie mit wenigen Prozent, die sich einen Vorsitzenden wählt, der 1948 emigriert ist. Eine konkurrierende zweite, kleine Sozialdemokratie, die ablehnt, mit einem zu reden, der irgendwann etwas mit der kommunistischen Partei zu tun hatte, selbst Männer wie Jiri Hajek, die zwanzig Jahre lang in der Charta 77 gegen die Kommunisten gekämpft haben. Und einem linken Flügel des Bürgerforums unter Jiri Dienstbier, dem bisherigen Außenminister, die die besten Leute hat. Am 6. März habe ich ein dreistündiges Gespräch mit dem stärksten Mann der Tschechoslowakei gehabt, dem Finanzminister Vaclav Klaus, dem Führer der konservativen Partei, und ich fürchte, was er mir erzählt hat, ist realistisch. Rascher Eintritt in die europäische Gemeinschaft und dort die englische Linie: Möglichst viel Kompetenzen behalten beim eigenen Parlament, Währungsunion ist eine sozialistische Utopie. So Vaclav Klaus. Ähnlich Balzerowicz in Polen, ähnlich Tadj-

men in Kroatien und jetzt könnte ich fünfundzwanzig Namen aufzählen. Ich verstehe, daß das lähmt, ich verstehe, daß die westliche Linke davor Angst hat, ich verstehe, daß das einen Backlash in unseren Hirnen, häufiger noch in unseren Bäuchen verursacht. Aber wir dürfen daraus keine Resignation ableiten. Ich rate – diese Veranstaltung ist mit einem Buchvorschlag begonnen worden, ich will sie mit einem Buchvorschlag abschließen – das neueste Buch über die Modernisierung des Nürnberger Philosophen Paul Kurz anzusehen, der, wie ich glaube, überzeugend deutlich macht, daß mit kapitalistischen Marktwirtschaften ohne demokratischen Sozialstaat die ökonomischen Probleme der Zukunft genauso wenig zu lösen sind wie mit dem realen Sozialismus. Die Linke muß nicht verzagen, wenn sie eigene Fehler wegräumt, beispielsweise ihr verkrampftes Verhältnis zum Unternehmerischen, eigene Fehler korrigiert, aber auf der anderen Seite auch zu ihrer Tradition steht – und damit meine ich nicht heilige Bücher, damit meine ich nicht Leute, die den ersten Band des „Kapital“ gelesen haben, damit meine ich Leute, die in der Lage sind, in einen Dialog einzutreten mit einer intellektuellen Entwicklung, die spätestens mit der Aufklärung begonnen hat. Und die nicht dieses Wissen wegdrücken und plötzlich voraussetzungslos den täglichen Krisen gegenüber stehen, sondern die auf der Basis bestimmter, immer wieder hinterfragter, immer auch wieder veränderter Traditionen, die aktuellen Probleme der Gegenwart lösen, um diese Gesellschaft in die Zukunft hinein zu verändern. Wenn die Linke das tut, hat sie nicht nur in Deutschland, dann hat sie in Europa eine große Chance – ich überspitze sogar – sie hat nur eine Chance als europäische Linke, nicht als nationalstaatlich orientierte deutsche, französische, niederländische. Wir sind weit davon entfernt, diesen Schritt schon gegangen zu sein. Wir können ihn gehen, wir haben auch Leute, die ihn gehen können, aber wir müssen den Mut fassen, es zu tun, und ich hoffe, unsere Diskussion wird Ermutigung bringen und nicht Entmutigung.

Herzlichen Dank.